

Die  
Feuer - Versicherung.

Ein Wegweiser für Behörden, Agenten und  
sonst Jedermann.

Mit Anhang,  
betreffend Feuerwehren und Brandstiftungen  
in ihrer Beziehung zur Assecuranz.

Herausgegeben von **E. Labauve.**



Oldenburg.

Verlag von H. Hinke.

1881.

Nachdruck, auch im Auszuge, ist nur mit specieller  
Genehmigung des Autors gestattet.

## Vorwort.



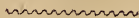
Das vorliegende Büchlein erhebt weder auf systematische Vollständigkeit, noch auf wissenschaftliche Gründlichkeit Anspruch; wenn der geneigte Leser neben vielem Bekannten auch einiges ihm bisher Unbekannte darin vorfindet, wenn er die in bester Absicht gegebenen Rathschläge beherzigt, seine oder anderer Leute Kenntniß und Meinung, soweit nöthig, daraus berichtigt und ergänzt, und wenn somit das Büchlein zu einem auch nur geringen Theile dazu beiträgt, bestehenden Gegensätzen die Schärfe zu nehmen, Irrthümer aufzuklären und Streitigkeiten vorzubeugen, so hat es seinen Zweck erfüllt. In Bezug auf Zuverlässigkeit des Inhaltes darf ihm volles Vertrauen entgegengebracht werden.

Der Verfasser.

# I n h a l t:

---

	Seite.
I. Allgemeine Bemerkungen — — —	5
II. Die Versicherungs-Institute — —	8
III. Vermittler und Vertreter — — —	11
IV. Der Antrag — — — — —	12
V. Die Police — — — — —	19
VI. Die Prämie — — — — —	26
VII. Veränderungen — — — — —	33
VIII. Die Prolongation — — — — —	37
IX. Allgemeines über Brandschaden —	39
X. Schadenaufstellung u. Entschädigung	43
XI. Ueber Coulanz — — — — —	54
XII. Hypothekenrechte und Feuerver- sicherung — — — — —	58
Anhang — — — — —	67



## I. Allgemeine Bemerkungen.

Wohl auf wenigen Gebieten des Rechtes und der Volkswirthschaft sind noch so viele und so verhängnißvolle Irrthümer zu finden, wie sie in dem für die Wohlfahrt des Einzelnen und der Gesamtheit so wichtigen Versicherungswesen dem aufmerksamen Beobachter täglich vor Augen treten. Unwissenheit und Rässigkeit sind fast immer die Ursache; sie bestrafen sich zwar nicht in jedem Falle und auch nicht stets in gleicher Weise, immerhin aber so oft und zum großen Theil mit so unglücklichem oder widerwärtigem Ausgange, daß nicht oft und eindringlich genug gerathen werden kann, durch Erwerbung eigener Kenntniß und durch Beobachtung der erforderlichen Vorsicht jedem unglücklichen Zufall vorzubeugen. Das Schlimmste hierbei ist noch, daß zahlreiche Irrthümer nicht nur im großen Publikum sich vorfinden, welches nur selten und oberflächlich mit der Affecuranz in Berührung kommt, sondern auch bei den minder geschulten Fachleuten, zu denen — im weiteren Sinne — namentlich die Agenten und sonstigen Vermittler gehören; daß also von diesen im vorkommenden Falle statt Berichtigung und Aufklärung nicht selten falsche Ansichten bestärkt werden.

Die Ursachen dieser vielfachen Unkenntniß sind leicht zu ermitteln. Die heutige Gestalt des Versicherungswesens ist verhältnißmäßig neu und hatte bisher nicht hinreichend Zeit und Gelegenheit, um in das Volksbewußt-



sein überzugehen; auch war dasselbe bisher nur immer noch im Zustande fortschreitender Entwicklung begriffen und steten Aenderungen und Besserungen unterworfen; es hatte Beschränkungen und Hemmnisse zu überwinden, es mußte die zur soliden Grundlage und weiteren Ausbildung nöthigen Erfahrungen erst suchen und muß dies zum Theil auch heute noch. Es kommt ferner hinzu, daß das Versicherungswesen ein sehr schwieriges und umfangreiches Rechtsgebiet bildet, für welches erst auf dem Wege der Prozeß-Praxis einheitliche und selbstständige, der Eigenart der Versicherung entsprechende Rechtsnormen gesucht werden müssen, daß aber auch hierbei an niederen und hohen Gerichtshöfen, wie nicht minder bei den bewährtesten Rechtslehrern vielfach Schwankungen und oft sogar entgegengesetzte Anschauungen hervorgetreten sind und noch hervortreten. Muß es hiernach schon dem gewiegten Rechtsverständigen und dem technisch gebildeten Fachmanne schwierig werden, in solchen Fällen der Praxis, welche ihm bis dahin nicht vorgekommen, sogleich das Rechte zu treffen: um wie viel weniger kann es da Wunder nehmen, daß in den hierin theils minder gut, theils garnicht unterrichteten Kreisen sich oft die unsinnigsten Ideen zeigen und — da ein Narr viele macht — auch festsetzen. Endlich sind viele Irrungen darauf zurückzuführen, daß das große Publikum ebenso wie auch viele Vermittler es kaum der Mühe werth halten, beim Abschluß des Vertrages gehörig auf die Sache einzugehen; der Versicherungsvertrag, an welchem doch zumeist das Wohl und Wehe der ganzen Familie hängt, wird oft in unverständiger Weise schnellstens abgethan oder gar dem Gutdünken fremder Leute überlassen, während man dagegen auf geringfügige Dinge, etwa eine Handvoll Silbergeld, gewöhnlich Zeit und Mühe im Uebermaß zu verschwenden nicht müde wird. —

Speciell die Feuerversicherung anlangend, so dürften hier wohl die zahlreichsten Fehler begangen werden, weil in dieser Branche die meisten Verträge geschlossen werden und ferner, weil bei ihr verschiedenartigere Ursachen und Grade von Gefahr vorliegen als bei anderen Branchen, wodurch sich die Beurtheilung schwieriger, die Klassification vielfältiger und das Rechtsverhältniß oftmals verwickelter gestaltet, während andererseits die Vermittelung gerade der Feuerversicherungen vielfach von solchen Leuten erfolgt, die vielleicht in ihrem eigentlichen Berufe tüchtig sein mögen, jedoch den Verhältnissen anderer Leute und Stände unvorbereitet gegenüberstehen, auch über das technische Wesen der Versicherung mangels bezüglichlicher Erfahrungen sich nur selten ein zutreffendes Urtheil zu bilden vermögen. Letzteres ist nicht als Vorwurf gemeint, da in den allermeisten Fällen die Führung solcher Agenturen nur einen wenig lohnenden Nebenerwerb bildet und hierauf schon des Kostenpunktes wegen eine technische Ausbildung im Versicherungsgeschäft nicht verwendet werden kann, andererseits aber die heutigen Verhältnisse es unumgänglich erfordern, daß die Versicherer an jedem Orte, wo sie Geschäfte machen wollen, einen dem Publikum bekannten Vermittler anstellen. Hat Jemand unter solchen Umständen eine Agentur übernommen, so kann er von der Gesellschaft in der Regel durch mündliche, gedruckte und schriftliche Instructionen auch im besten Falle nur sehr mangelhaft vorbereitet werden und kann es deshalb nicht Wunder nehmen, wenn er in solchen Geschäftsfachen, die nicht direct zu seinen alltäglichen Obliegenheiten gehören, vielfach auf dem Standpunkte und bei den Ansichten eines Laien verbleibt.

Es sollen nun im Folgenden diejenigen Punkte, bei welchen die meisten und schwersten Irrthümer vorzukommen pflegen, einer klärenden Erörterung unterzogen werden.

## II. Die Versicherungs-Institute.

Zunächst ist die große Frage: Wo versichere ich? — Man unterscheidet:

- a. öffentliche Versicherungsanstalten oder Sozietäten, deren Einrichtungen und Geschäftsgrundsätze sehr verschieden sind, jedoch in ihrem jeweiligen beschränkten Wirkungskreise hinreichend bekannt zu sein pflegen, auch zumeist nur Gebäude versichern; diese ganze Klasse interessirt uns nicht.
- b. Privat-Versicherungs-Anstalten, welche wiederum zerfallen in
  1. Actiengesellschaften.
  2. Gesellschaften auf Gegenseitigkeit.

Die Actien-Gesellschaften übernehmen die Gefahr gegen Vorausbezahlung einer festen Prämie. Der etwaige Geschäfts-Gewinn fließt den Actionairen zu, welche hingegen auch für etwaige Verluste bis zur Höhe des Actienkapitals haften.

Die Gegenseitigkeits-Gesellschaften erheben in der Regel ebenfalls eine Prämie im Voraus; wird davon etwas erübrigt, so kommt dies ihren Mitgliedern (Versicherten) zu Gute, reichen dagegen die vorhandenen Mittel zur Deckung der Schäden und sonstigen Ausgaben nicht hin, so wird von den Mitgliedern eine zweite, die sogenannte Nachschuß-Prämie erhoben; stellt die Anstalt aus irgend einem Grunde den ferneren Geschäftsbetrieb ein, so gehört den letzten Mitgliedern das etwaige Gesellschaftsvermögen, aber sie haften auch für alle vorhandenen Schulden.

Die Erfahrung lehrt, daß die Versicherten der Actien-Gesellschaften und der großen, richtig geleiteten und günstig situirten Gegenseitigkeits-Gesellschaften sich im Durchschnitt gleich gut stehen und die vorkommenden Reclamen — einerseits der größeren Sicherheit, andererseits



der Billigkeit — zumeist auf die Concurrnz untergeordneter Organe zurückzuführen sind.

Dagegen kann nicht genug gewarnt werden vor denjenigen auf Gegenseitigkeit beruhenden Instituten, welche einen rein lokalen oder provinziellen Character haben, oder welche nicht rationell verwaltet werden, oder welche in ungünstiger Vermögenslage sind, indem sich bei diesen die Versicherten in steter Gefahr befinden, für anderer Leute Sünden ihre Haut zu Markte zu tragen. Man wende nicht ein, daß dieser oder jener Ortsverein seit Menschengedenken bestanden und sich bewährt habe, denn jeder Ort und jede Gegend hat gewisse, erst in längeren Zwischenräumen wiederkehrende Brandperioden und je länger eine solche ausgeblieben ist, um so intensiver pflegt sie demnächst aufzutreten zum Schrecken des Ortsvereins, dessen Mitglieder sich dann ihre Habe zwar gegenseitig versichert haben, aber nicht bezahlen können oder alle dabei verarmen. Der abschreckenden Beispiele sind schon so viele gewesen, daß die wenigen alt gewordenen Vereine nur Ausnahmen bilden, welche vielleicht die nächste Brandperiode ebenfalls über den Haufen wirft; es würde auch diesen die lokalpatriotische Sympathie bald abgehen, wenn es möglich wäre, den heute bestehenden Vereinen das hinterlassene Elend der kläglich zusammengebrochenen gegenüberzustellen. Leider fehlt über diese Winkelinstitute alles statistische Material, weil ihr jämmerliches Dasein und Ende nur selten über die Grenzen ihres Kirchspiels hinaus bekannt werden.

Die Regel lautet also, daß man bei Actien-Gesellschaften ohne Gefahr und Bedenken versichern kann, bei einer Gegenseitigkeits-Gesellschaft aber erst wissen oder aus sicherer Quelle feststellen muß, daß dieselbe nicht zur Klasse der Winkelinstitute gehört, daß sie nach rationellen Grundsätzen verwaltet wird und daß sie tüchtige Baarmittel als Reserven besitzt.

Wesen und Zweck der Versicherungsinstitute werden oft verkannt. Der Schutz gegen die dem Einzelnen durch Feuersbrunst etwa erwachsenden Verluste übt eine wohlstandserhaltende Wirkung auch auf die Gesamtheit aus; er bewahrt vor der Verarmung durch Brandschaden und stärkt den Unternehmungsgeist sowie die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit, indem er ruhige Sicherheit an Stelle der Ungewißheit und der Furcht vor Verlusten treten läßt. In diesem Sinne wirkt also die Versicherung wohlthätig, was häufig und mit Recht betont wird; ein Irrthum aber ist es, wenn daraufhin und mit Verwechslung der Begriffe angenommen wird, daß Wohlthätigkeit im gewöhnlichen Wortsinne der Zweck der Versicherungs-Institute sei. Alle Versicherungs-Unternehmer verfolgen im Gegentheil reines Geschäftsinteresse oder richtiger ausgedrückt, ein Geldinteresse zu eigenem Vortheil. Der Staat denkt nicht entfernt daran, durch seine öffentliche Anstalt arme d. h. besitzlose Leute reicher zu machen, sondern er sucht nur die ihm selbst zu Gute kommende Steuerkraft der Besitzenden vor dem Sinken zu bewahren; die Actiengesellschaften betreiben die Versicherung gewerbsmäßig, indem sie nach Art eines Kaufmanns ihre Waare, genannt Schutz vor Verlust durch Brandschaden, gegen Bezahlung in großen und kleinen Posten an das Publikum ablassen und hierbei außer den Zinsen für das eingelegte Geld noch einen Nutzen für die aufgewendete Mühe und für ihr bedeutendes Risiko erhoffen; endlich die Unternehmer oder Mitglieder der privaten Gegenseitigkeits-Anstalten, das sind die Versicherten, wollen zwar Alle für Einen und Einer für Alle stehen, um auf diese Weise sich gegenseitig die Verluste erträglich zu machen, aber als Endzweck will Jeder seinen eigenen Schutz erreichen, und derjenige Schutz, welchen er selbst Anderen gewährt, ist nur ein Mittel, um zu diesem seinen Zweck zu gelangen.

Obgleich also die wohlthätige Wirkung und Folge

der Thätigkeit der größeren Versicherungs-Institute feststeht, sind dieselben doch nicht als Wohlthätigkeits-Anstalten zu betrachten, und zwar auch dann nicht, wenn sie — was mehr oder weniger alle thun — sich bei mancher Gelegenheit freiwillig als wohlthätig erweisen, indem dies bei ihnen keine andere Bedeutung hat, als bei jedem anderen Geschäfts- oder Privatmann.

### III. Vermittler und Vertreter.

Will Jemand seine Habe versichern, so pflegt sich der „Agent“, in wichtigeren Fällen auch wohl ein „Inspector“, „General-Agent“ oder „Subdirector“ bei ihm zum Zwecke der Aufnahme einzufinden; es erscheint zweckmäßig, die Stellung dieser Herren etwas näher zu betrachten. Während im Handels-Gesetzbuch für das Deutsche Reich, welchem auch das gesammte Versicherungswesen unterliegt, für andere Vermittler, z. B. Makler und Commissionaire, bestimmte Normen aufgestellt, ihre Rechte und Pflichten genau begrenzt sind, ist dies weder für Agenten im Allgemeinen, noch speciell für die Vermittler in Versicherungssachen der Fall; die Befugnisse und Pflichten der letzteren stehen deshalb gesetzlich nur insoweit fest, als einige wenige Landesgesetzgebungen sich damit befaßt haben; sie sind deshalb nicht immer und überall dieselben, sondern bestimmen sich zumeist nur aus dem zwischen der Gesellschaft und der betreffenden Person geschlossenen Vertrage und den etwa ertheilten besonderen Aufträgen. In der Regel — also mit Ausnahmen — trifft Folgendes zu:

Der General-Agent vertritt die Gesellschaft nach allen Richtungen, seine Zusagen verpflichten dieselbe unbedingt; andererseits stehen ihm dem Publikum gegenüber alle Befugnisse der Gesellschaft zu. Manche General-Agenten führen den Titel Subdirector, was an dem Vorgesagten nichts ändert.

Die Bezeichnung Inspector ist ein Titel, unter dem man sich alles mögliche vorstellen darf; in der Regel ist der Inspector ein Bureaubeamter der Gesellschaft und gleich jedem andern Beamten zu deren Vertretung nur soweit berechtigt oder verpflichtet, als er einen ausdrücklichen Auftrag empfangen hat und nachzuweisen vermag.

Der Agent ist in der Regel nicht ermächtigt, bindende Zusagen für die Gesellschaft zu machen, vielmehr ist seine Thätigkeit eine vermittelnde im engeren Sinne des Wortes, indem er die Willenserklärungen und Schriftstücke des Versicherungslustigen an den General-Agenten oder die Gesellschaft und umgekehrt befördert, sowie die Prämien-gelder in Empfang nimmt. Nur wenn und soweit er durch seine Geschäfts-Instruction oder durch speciellen Auftrag mit weiteren Befugnissen ausgestattet ist, kann er weitergehende Handlungen für die Gesellschaft gültig vornehmen und bindende Erklärungen für sie abgeben.

Eine Zwitterstellung ist die der sogenannten Haupt-Agenten, indem manche derselben mit den vorbeschriebenen Befugnissen eines General-Agenten, andere nur mit denen eines Agenten ausgestattet sind und wieder andere etwa in der Mitte zwischen beiden stehen.

#### IV. Der Antrag.

Gewöhnlich also findet sich gerufen oder ungerufen der Agent ein und hat auch die zur Aufnahme nöthigen Formulare schon mitgebracht. Auf den letzteren steht eine Menge gedruckter Text und da glaubt denn der Versicherungslustige sich viel Zeit und Mühe ersparen zu dürfen, indem er diesen Text, von dem ein großer Theil speciell für seine Kenntniß bestimmt ist, unbeachtet läßt, vielmehr den Agenten, „der ja die Sache schon kennt“, um die Aufnahme ersucht; dieser veranschlagt dann, gewöhnlich sehr in runder Summe, die zu versichernden Sachen und ihren Werth, beantwortet die im Formular



gestellten Fragen nach seiner Wissenschaft, legt dem Versicherungsuchenden den Antrag zur Unterschrift vor, und im Handumdrehen ist die Sache beendet. Schwerlich aber sind Beide sich darüber klar, welche üblen Folgen eine solche Handhabung nach sich ziehen kann; der Agent glaubt natürlich alles richtig und vollständig aufgenommen zu haben, aber leider stellt sich diese Annahme in vielen Fällen hinterher als irrthümlich heraus, und da die Ausfüllung des Antrages und die Beantwortung der gestellten Fragen dem Antragenden obliegt, mithin der Agent diese Handlungen in dessen Auftrage und an dessen Stelle verrichtet hat, so muß auch der Versicherte die etwa begangenen Fehler vertreten und ihre Folgen über sich ergehen lassen. Nachstehend einige Beispiele: Wer mehr oder zu höherem Werthe versichert, als er besitzt, ist nach den meisten Gesetzgebungen wegen Ueberversicherung strafbar und kann außerdem leicht in den Verdacht einer unredlichen Absicht gerathen; wer hingegen zu niedrig versichert, kann im Falle eines Brandes nicht auf vollen Ersatz seines Schadens rechnen. Da nun aber der aufnehmende Agent die Verhältnisse des Antragstellers nur selten bis in die Einzelheiten kennt, so wird auch fast immer eine Ueber- oder Unterversicherung vorliegen, wenn der Agent allein oder auf ungenügende Angaben hin den Antrag ausgefüllt hat. Ein anderer Fall: In jedem Antragsformular findet sich die Frage nach der Bauart des Hauses; angenommen, in der von der Hand des Agenten herrührenden schriftlichen Antwort sei das Haus als massiv von Stein bezeichnet worden und der Versicherte habe dies durch eigenhändige Unterschrift als richtig bekräftigt; bei einem späteren Brande stellt sich nun aber heraus, daß zwar die Vorderfront massiv, alles übrige hingegen stark mit Holz versehen gewesen ist, daß gerade dieser Umstand die völlige Zerstörung des angeblich massiven Hauses herbeigeführt hat und daß dem Versicherten die



wirkliche Bauart immer bekannt gewesen ist, — so liegt hier die Vermuthung am nächsten, daß der Antragende dem Agenten die Angabe wissentlich falsch gemacht habe, um einen geringeren Prämienatz zu zahlen oder mindestens, daß der Versicherte den Irrthum des Agenten mit Vorbedacht unberichtigt gelassen habe. Und doch ist auch der Fall möglich, daß der Agent in gutem Glauben von dem äußeren Ansehen der Vorderfront auf das ganze Haus geschlossen, der Versicherte aber von diesem Irrthum keine Kenntniß gehabt hat, weil er zu bequem oder zu vertrauensfelig war, um vor Hinzufügung seiner Unterschrift die Frage und die in seinem Namen niedergeschriebene Antwort sich anzusehen; abgesehen davon, daß es dem Versicherten nicht immer gelingen wird, diesen letzteren, schon weniger wahrscheinlichen Sachverhalt glaubhaft zu machen, so liegt doch auch im besten Falle noch ein durch seine eigene Nachlässigkeit begangenes Verschulden vor, auf welchem namentlich die schwerwiegende Thatsache einer zu geringen Prämienzahlung beruht. Diese beiden einfachen Beispiele werden genügend erkennen lassen, daß es stets besser ist, wenn der Antragende den Versicherungs-Antrag selbst ausfüllt, als wenn er dies einem auch noch so gewissenhaften Agenten überläßt; braucht er eine Anleitung dabei, so wird er diese ebenso gern und noch lieber gewährt erhalten, als wenn der Agent den ganzen Antrag fertig machen soll. In beiden vorangeführten Fällen war der Versicherte gegen Verluste und Unannehmlichkeiten geschützt, wenn er die betreffenden Antworten selbst, und zwar richtig, niedergeschrieben oder doch wenigstens das von dem Agenten geschriebene sich angesehen hätte, welche geringe Mühe sich hinterher reichlich belohnt haben würde.

Auch der Agent kann hierbei leicht üble Erfahrungen machen, indem die Folgen solcher Unrichtigkeiten, auch wenn er sie nicht verschuldet hat, ihm sicher zum Vorwurf

gemacht werden; das Publikum huldigt einmal hartnäckig der Ansicht, daß alles, was „der Agent“ angenommen hat, auch wenn es nachweislich falsch wäre, für alle Fälle und Zeiten als richtig gelten müsse, und es fühlt sich später unangenehm berührt, wenn gelegentlich eines Schadens dieser irrthümlichen Ansicht nicht stattgegeben werden kann. Der Agent wird also schon im Interesse seiner eigenen Sicherheit gut daran thun, wenn er soviel als möglich die Antragenden zur eigenhändigen Ausfüllung der Formulare veranlaßt, mindestens aber Jeden mit der Belehrung, daß der Antragsteller allein für die Richtigkeit einzustehen habe, zur genauen Durchsicht dessen, was in seinem Namen geschrieben steht, zu nöthigen sucht. In der zumeist überflüssigen Dienstfertigkeit, dem Antragenden die Arbeit der Formularausfüllung abzunehmen, gehen insbesondere jüngere Agenten, die noch nicht durch hinreichende Praxis gewizigt sind, häufig viel zu weit.

In den Versicherungs-Antrag sind zunächst die zu versichernden Objecte einzutragen, wobei der Antragsteller in der Regel die Wahl hat, ob er die Gegenstände einzeln benennen oder die verschiedenen Gattungen derselben, z. B. Möbel, Werkzeug, Waarenvorräthe u. s. w. je unter sich in eine Summe zusammenfassen will; die letztere Art ist einfacher und auch dem Versicherten günstiger, indem sie für die Gegenstände und Werthe innerhalb einer Gattung mehr freie Bewegung für etwaigen Wechsel und Aenderungen zuläßt; diese Art der Angabe kommt denn auch vorzugsweise zur Anwendung. Zu empfehlen ist aber in jedem Falle, daß der Versicherte eine genaue Zusammenstellung der Objecte mit den Einzelwerthen anfertige und zusammen mit der Police aufbewahre; er wird an der Hand solcher Zusammenstellung im Schadensfalle weniger leicht etwas vergessen, was sonst in Folge der bei solcher Gelegenheit herrschenden Verwirrung häufig vorkommt.

Die Versicherung soll nur den Ersatz des wirklich

entstandenen Schadens bezwecken und niemals zur Erzielung eines Gewinnes genommen werden, weshalb ebensowenig eine größere Zahl oder Menge der Objecte, als etwa ein höherer Werth derselben versichert werden darf, als zur Zeit des Vertragsschlusses vorhanden ist. Jede derartige Ueberschreitung wird mit Uebersversicherung bezeichnet, die in den meisten deutschen Ländern verboten ist und deshalb im Falle der Entdeckung zu erheblichen Unannehmlichkeiten führen kann; nur wenn es sich, wie bei Waarenlagern und Erntebeständen, um eine zeitweise naturgemäße Verminderung handelt, die sich periodisch wieder ergänzt, darf höher, und zwar bis zum normalen Höchstbetrage, versichert werden.

Es soll in der Regel der gemeine Werth zur Versicherung kommen, welcher besteht in dem Neuwerth minus der Abnutzung; bei Gebäuden wird er zumeist durch Schätzung Sachverständiger ermittelt, bei beweglichen Gegenständen durch Selbstschätzung des Antragenden. Es befindet sich Mancher in dem irrigen Glauben, daß er im Schadensfalle für einen alten Rock oder Hut jedesmal soviel Entschädigung erhalte, um einen neuen kaufen zu können; er setzt deshalb überall die Neuwerthe zur Versicherung an und ist im Falle eines Schadens nicht zufrieden zu stellen, weil er auf seine für die Neuwerthe bezahlte Prämie glaubt pochen zu dürfen. Für solche schwache Seelen möge an einem kleinen Beispiel erläutert werden, wie der gemeine oder Versicherungs-Werth eines Gegenstandes zu finden ist: A. kauft sich alle 2 Jahre einen neuen Rock für 30 Mark, den er 5 Jahre trägt; er besitzt also heute drei Röcke, von welchen der eine ganz neu, der zweite 2 Jahre, der dritte 4 Jahre getragen ist; demnach wird als gemeiner oder Versicherungswerth zu rechnen sein: Für den ersten der Neupreis mit 30 Mark, für den zweiten 30 Mark minus  $\frac{2}{5}$  Abnutzung, also 18 Mark, für den dritten 30 Mark minus  $\frac{4}{5}$  Abnutzung, das sind



6 Mark, mithin für alle drei Röcke zusammen 54 Mark. Nur diese Summe bildet den Schaden des A., wenn ihm die drei Röcke heute zerstört werden, und da er mehr als den wirklichen Schaden niemals erhalten soll, so hat er auch nur 54 Mark zu beanspruchen, gleichviel, ob seine Prämie für diesen oder einen höheren Betrag berechnet und bezahlt ist. So wie an den drei Röcken verhält sich die Sache mit jedem anderen Vermögensobject, nur läßt sich die Abnutzung nicht allemal eben so leicht ermitteln; da indeß hier nur das Prinzip vor Augen geführt werden sollte, so darf es bei diesem Beispiel bewenden.

Wichtig ist ferner die genaue Bezeichnung des Ortes oder der Orte, wo bewegliche Gegenstände versichert werden sollen. Die Gesellschaft hat ein hohes Interesse daran, daß sich die von ihr zur Versicherung übernommenen Objecte nicht an einer Stelle zu sehr häufen, sondern räumlich möglichst weit vertheilen; sie muß deshalb stets wissen, wo sich Gegenstände befinden, für die sie aufzukommen hat, und sie bindet aus diesem Grunde ihre Ersatzverpflichtungen die Voraussetzung, daß die Gegenstände an dem in der Police bezeichneten Aufbewahrungsorte zerstört werden; letzteres ist auch nöthig, um die versicherten Objecte von anderen gleichartigen zu unterscheiden, und es ist ferner um deswillen gerechtfertigt, weil die wesentlichste Leistung des Versicherten, die Prämie, hauptsächlich nach Maaßgabe der Lokalität und Benachbarung bemessen wird. Wer also wünscht, daß bewegliche Objecte auch noch an einem zweiten oder dritten Orte versichert sein sollen, hat dies im Antrage ausdrücklich anzugeben.

Dem Antragenden liegt es ob, der Gesellschaft durch gewissenhafte Beschreibung des Versicherungsobjectes und der auf die Feuergefährlichkeit bezüglichen Umstände eine zutreffende Vorstellung von dem Grade der Gefahr zu ermöglichen; die nöthige Anleitung zu der Beschreibung ist in der Form von Fragen (gewöhnlich schon im An-

tragsformular enthalten. Der Gefahrsmomente giebt es so viele und verschiedenartige, daß jede, auch die umständlichste Beschreibung unvollständig bleiben muß; es kommt aber auch nur auf die wesentlichen Merkmale an, und diese sind in den gestellten Fragen allemal so genau vorgezeichnet, daß der Antragende bei der Objectbeschreibung nicht leicht etwas versäumen kann, wenn er diese wenigen Fragen ohne Fehl, d. h. richtig und vollständig, beantwortet. Jede Unlauterkeit, jeder unklare oder zweideutige Ausdruck, jede Verschweigung eines bekannten Umstandes sei hierbei strenge vermieden, weil im Falle eines Schadens daraus fast immer Verluste oder mindestens Streitigkeiten und Aergernisse entstehen. Der Antragende soll hierbei bedenken, daß sein schriftlicher Antrag die Grundlage des Versicherungsvertrages bleibt, daß derselbe aufbewahrt und im Falle eines Brandes von dem Vertreter der Gesellschaft hinsichtlich der Uebereinstimmung mit der Wirklichkeit geprüft wird, wobei etwaige Unregelmäßigkeiten nur selten unentdeckt bleiben. Häufig suchen Versicherte, welche hierin mit Vorbedacht oder aus Lässigkeit gesündigt haben, sich hinterher damit zu helfen, daß ja „der Agent“ den Sachverhalt gekannt habe oder haben müsse; allein dies ist hinfällig, weil der Agent von der Gesellschaft zur Entgegennahme schriftlicher, die vollständige Beschreibung enthaltender Anträge beauftragt ist, nicht aber damit, für die Gesellschaft mit Umgehung des ordnungsmäßigen schriftlichen Weges von irgend welchen Umständen durch Augenschein Kenntniß zu nehmen; mit anderen Worten, dadurch daß der Agent gewisse wesentliche Umstände kennt oder erfährt, wird der Antragende nicht davon befreit, dieselben auch im schriftlichen Antrage richtig anzugeben oder durch den von ihm damit beauftragten Agenten angeben zu lassen.

Superfluge Halbwisser haben sich schon oft zu der Meinung verstiegen, daß es den Gesellschaften nur ange-



nehm sei, wenn in den Antragspapieren recht viele Fehler der Versicherten schlummern, ja sogar, daß die Agenten geheime Instruction erhielten, für solche Fehler Sorge zu tragen: beides zu dem Zwecke, um den Versicherten völlig in der Hand zu haben. Möchten doch solche Vornitzige nur einmal unter Nennung von Namen mit einem stichhaltigen Beweise hervortreten und möchten sie doch ferner sich vergegenwärtigen, wie unerquicklich sich Streitigkeiten und Prozesse mit verarmten Gegnern regelmäßig gestalten, wie ganz anders sich auch die von den leitenden Kräften auf Prozesse zu vergeudende Zeit nebst den hohen unvermeidlichen Kosten bezahlt machen würden, wenn beides statt dessen fortlaufend auf den weiteren Ausbau und die Ausdehnung des Geschäfts verwendet werden könnte, ganz abgesehen endlich davon, daß jede einzelne Gesellschaft schon aus Rücksicht auf die überaus scharfe Concurrenz sich hüten wird, ihren Ruf in solcher Weise zu Markte zu tragen, da doch die ganze Privat-Assicuranz wesentlich auf dem Vertrauen des Publikums beruht.

## V. Die Police.

### a, Allgemeines.

Ist nun der ausgefüllte und vom Versicherten unterschriebene Antrag von dem Agenten weiterbefördert worden, so trifft nach kurzer Zeit die Police ein, welche gegen baare Erlegung der Prämie und Nebenkosten ausgehändigt wird. Den Versicherten interessieren dann gewöhnlich nur zwei Punkte, nämlich die als versichert bezeichnete Summe und der von ihm zu zahlende Betrag; um alles übrige, was darin steht, pflegt er sich noch weniger zu kümmern, als vorher um den Inhalt und die Richtigkeit seines Antrages. In seiner Lässigkeit oder Vertrauensseligkeit bedenkt er nicht, daß die Police die gegenseitigen Rechte und Pflichten bis in's Einzelne regelt, und daß er durch be-

dingungslose Annahme derselben sich mit allen darin enthaltenen Bestimmungen stillschweigend auch dann einverstanden erklärt, wenn er den Inhalt nicht gelesen hat und somit nicht kennt; er bedenkt nicht, daß die Gesellschaft die Gefahrübernahme an Voraussetzungen geknüpft haben kann, welche nicht vorhanden sind, oder an Bedingungen, deren Erfüllung ihm unmöglich oder unbequem sein möchte, und daß es bei der Zustellung der Police an der Zeit und auch seine Sache ist, sich von der Richtigkeit zu überzeugen, sowie die etwa nöthigen Aenderungen zu beantragen.

Enthält die Police Fehler oder Irrthümer, oder unerfüllbare Bedingungen, so darf dies weder mit Schweigen übergangen werden, noch darf der Versicherte sich dabei beruhigen, daß ja „der Agent“ den der Police entgegenstehenden wahren Sachverhalt kenne, vielmehr soll er die Annahme der Police verweigern, um an deren Stelle eine richtige zu erhalten, oder er soll darauf dringen, daß der Inhalt durch einen schriftlichen Nachtrag von derselben Stelle, welche die Police ausgefertigt hat, richtig gestellt werde. Je schneller der Versicherte hierbei zu Werke geht, um so leichter wird er die Berichtigung erreichen.

Die Aufbewahrung der Police während der Versicherungsdauer geschieht am besten an einem Orte, welcher entweder feuersicher, oder im Falle eines Brandes nicht gleichzeitig mit den versicherten Objecten der Zerstörung ausgesetzt ist; so namentlich ist es zu empfehlen, daß zwei Versicherte, welche nicht unmittelbar beisammen wohnen, ihre Policen gegenseitig verwahren. Greignet sich dann ein Schadenfeuer, so ist die zugehörige Police gerettet und der Versicherte kann daraus ersehen, was ihm zu thun obliegt; wird indeß die Police an jenem dritten Orte zerstört oder abhandengebracht, so wird jede Gesellschaft gern bereit sein, gegen geringe Schreibgebühr eine zweite Ausfertigung zu ertheilen.

## b, Allgemeine Versicherungs-Bedingungen.

Geht man auf den Inhalt der Police näher ein, so fallen vor Allem die gedruckten allgemeinen Versicherungs-Bedingungen durch ihre Länge und ihre scheinbar allzusehr in's Einzelne gehenden Vorschriften auf. Unleugbar sind diese vielfach angefeindeten Bedingungen ein großes Uebel, und sie bilden auch einen Hemmschuh gegen die Verallgemeinerung der Versicherungsidee, leider aber ist dies Uebel vorläufig nothwendig und unvermeidlich wegen der Unvollkommenheit der bisherigen Gesetzgebung für Versicherungsrecht. Gesezt, es wollen zwei Personen einen Kauf-, Leih-, Darlehns- oder sonstigen Vertrag mit einander schließen, so ist zum Zwecke der Ausführung zumeist nur erforderlich, daß sie beiderseitig den Willen zum Vertragsschlusse zu erkennen geben und die Leistung nebst Gegenleistung vereinbaren; die weiteren Abmachungen werden ihnen durch das Gesetz erspart, in welchem bereits ein für alle Mal festgestellt ist, was bei Kauf-, Leih-, Darlehns- etc. Verträgen Rechtens sein solle, wenn die Parteien über einzelne Punkte nichts abweichendes vereinbart haben, und es braucht also über solche gesetzlich geregelten Punkte nur dann und insoweit eine Vereinbarung getroffen werden, wenn die Parteien etwas anderes vereinbaren wollen, als was das Gesetz im Allgemeinen vorschreibt. Ganz anders liegt hingegen die Sache beim Versicherungsvertrage; in keinem Lande der Erde existirt bisher ein System des Versicherungs-Rechts, welches einerseits den Bedürfnissen des Publicums, andererseits der Eigenart der Versicherung und der Existenzfähigkeit des Versicherers in vollkommener und allseitig befriedigender Weise Rechnung trüge. Während in der Gesetzgebung vieler Länder noch jede Spur vom Versicherungsrecht mangelt, und in ebensovielen es bei dem ersten schüchternen Versuche verblieben ist, haben wieder andere



Staaten die Sache mit so kleinlicher und peinlicher Gewissenhaftigkeit, zugleich aber auch mit so wenig Rücksichtnahme auf die Eigenart der Affecuranz gefördert, daß bei ihnen die vermeintlich wohlthätige Wirkung der gesetzlichen Regelung nicht nur ausbleibt, sondern in das directe Gegentheil, in eine Fessel für alle Betheiligte sich verkehrt; endlich auch giebt es Länder, und nicht nur jenseits des Weltmeeres, wo man für die wahrhafte Förderung der Affecuranz wenig Verständniß und Interesse hat, desto mehr aber bestrebt ist, sie zur milchenden Kuh für den unersättlichen Magen des Staates zu machen.

Zwar hat das Deutsch-Oesterreichische Handels-Gesetz-Buch einen tüchtigen Anlauf zur Schaffung eines einheitlichen Versicherungs-Rechtes genommen, indem es im Artikel 271 jede Versicherung gegen Prämie für ein Handelsgeschäft erklärt und in den Artikeln 782 bis 905 eine Reihe von Normen für die Seeversicherung aufstellt; es hat aber inzwischen eine sechzehnjährige Praxis ergeben, daß diese Vorschriften noch nicht einmal für die eine genannte Branche ausreichen, geschweige denn zur Ordnung der übrigen, von denen jede einzelne ihre besonderen Eigenthümlichkeiten hat. So weit dieses Seeversicherungs-Recht nicht ausreicht, und dies ist so ziemlich auf dem ganzen Gebiet der Feuerversicherung der Fall, kommt das Landesrecht des betreffenden Staates zur Anwendung, und da begegnet man denn der oben geschilderten bunten Mannigfaltigkeit, durch die namentlich die größeren Gesellschaften sich endlos hindurchbeißen müssen. Nach dieser Auseinandersetzung wird es einleuchten, daß in jedem einzelnen Falle eine ganze Reihe von Vereinbarungen zwischen dem Versicherer und dem Versicherten getroffen werden muß, um für die Dauer des Vertrages und für alle etwaigen Vorkommnisse das gegenseitige Vertragsverhältniß klarzustellen; diese Vereinbarungen schlägt die Gesellschaft, als der hierin mehr erfahrene

Theil, vor, und zwar in gedruckter Form zur Erleichterung der Uebersicht und zur Ersparung einer großen Menge zeitraubenden Schreibwerkes. Dies ist die Bedeutung und der Zweck der allgemeinen Versicherungsbedingungen, welche als etwas Nothwendiges aus dem geschäftlichen Verkehr hervorgegangen sind und demnach keineswegs eine so nebensächliche Beachtung verdienen, als ihnen in den meisten Fällen zu Theil wird. Wenn auch dem Laien beim Lesen der umfangreichen Bedingungen eine gelinde Gänsehaut überlaufen sollte, so wird er doch mit dem Inhalt sich wenigstens soweit vertraut machen müssen, um den Sinn derselben im Allgemeinen zu kennen; er mag sich damit trösten, daß das noch fehlende einheitliche Deutsche Versicherungs-Recht, welches über kurz oder lang an ihre Stelle tritt, jedenfalls eine nicht minder trockene Lecture abgeben wird.

Ein Grund dafür, daß das Publikum sich mit den doch seit langer Zeit eingeführten und in jeder Police wiederkehrenden Bedingungen so wenig zu befreunden vermag, ist vielleicht auch darin zu erblicken, daß dieselben sowohl dem Wortlaute als dem Inhalte nach bei den verschiedenen Gesellschaften nicht unwesentlich von einander abweichen, was sich daraus erklärt, daß jede Gesellschaft sich die Bedingungen nach ihren eigenen Erfahrungen fortzubilden genöthigt war und noch ist.

Zu den allgemeinen Versicherungsbedingungen gehören ferner diejenigen vertragsmäßigen Abmachungen, welche zwischen einer Gesellschaft und einer größeren Zahl von Personen gleichen Standes vereinbart worden sind, sowie auch diejenigen Vergünstigungen, zu denen sich eine Gesellschaft ganzen Gewerbs- oder Berufsclassen gegenüber ein für alle Mal herbeigelassen hat; beide Fälle werden gewöhnlich als *Verbandsversicherungen* bezeichnet. In vielen Fällen gewährt die Versicherung im Verbande dem Versicherten wesentliche Erleichterungen und Vortheile, ohne



ihm neue Pflichten aufzuerlegen; in anderen Fällen hingegen, besonders bei gewerblichen und industriellen Verbänden, sind zuweilen noch Vorsichtsmaßregeln angeordnet, welche auf die Verminderung der Gefahr abzielen und deshalb vom Versicherten genau beachtet und erfüllt werden müssen. Diese Vorschriften pflegen im Verbande hinreichend bekannt zu sein, weil sie sich fast immer auf die Gefahren des betreffenden Gewerbebetriebes beziehen. —

### c, Besondere Bedingungen.

Ferner enthält die Police oftmals neben den allgemeinen noch solche Bedingungen, die sich speciell auf den einzelnen Fall beziehen und in der Regel handschriftlich in die Police eingetragen sind. Ihrer Bestimmung nach lassen sie sich unterscheiden in

- 1) solche, die einer Brandgefahr vorbeugen oder die Wahrscheinlichkeit einer solchen herabmindern sollen,
- 2) solche, die im Falle eines Brandes die Beschränkung des Schadens auf einen möglichst geringen Theil der versicherten Objecte bezwecken,
- 3) solche, die nach einem stattgehabten Brande das Regulirungsverfahren erleichtern.

Es bedarf keiner großen Auseinandersetzung, ein wie hohes Interesse die versichernde Gesellschaft daran hat, daß diese drei Zwecke soweit als möglich erreicht werden, und wenn nun die Gesellschaft ausdrücklich in den Vertrag aufnimmt, daß sie die Gefahrübernahme von der Erfüllung solcher speciell vorgeschriebenen Bedingungen abhängig mache, so bleibt jedem denkenden Menschen unbegreiflich, wie es Leute geben mag, die auch hierüber sich leichtsinnig oder gedankenlos hinwegsetzen vermögen; und dennoch läßt sich dies in der Praxis alle Tage beobachten.

Sind diese Bedingungen etwa so hoch gestellt, daß der Versicherte sie nicht erfüllen kann oder will, so möge er doch unter Rückgabe der Police deren Streichung oder

Änderung nachsuchen, oder falls solche verweigert wird zu einer minder schwierigen Gesellschaft übertreten; aber er handelt gegen Treue und Glauben, die Grundlagen der Versicherung, wenn er trotz des Bewußtseins, daß er den Bedingungen nicht nachkommen werde, die Police annimmt und es dann auf das Weitere ankommen läßt. Wer aber den Bedingungen nachzukommen vermag und es trotzdem unterläßt, wird sich nicht beklagen dürfen, wenn im Schadensfalle die Gesellschaft den Spieß umdreht und ebenfalls die Erfüllung des Vertrages verweigert.

#### d, Sonstige Wesentlichkeiten.

In dem geschriebenen Text giebt die Police ferner die versicherten Objecte und deren Werthe einzeln oder nach Gattungen an. Der Versicherte überzeuge sich vor der Annahme, daß Alles der Wirklichkeit und seinem Wunsche entsprechend aufgeführt ist, denn irren ist menschlich, und außerdem kommt es zuweilen vor, daß die Gesellschaft Änderungen, namentlich die Ermäßigung von Versicherungswerthen wünscht und in der Voraussetzung, daß der Versicherte damit einverstanden sein werde, ohne vorherige zeitraubende Rückfrage die geringeren Werthe in die Police einträgt; dadurch aber, daß der Versicherte diese Police anstandslos annimmt und behält, heißt er nachträglich die geschehenen Änderungen gut und ist deshalb auch an sie gebunden.

Sodann enthält die Police noch die Zeitdauer der Versicherung und ferner die Angabe des Ortes, wo die Objecte versichert sein sollen nebst Bauart, Dachung und Nachbarschaft; es ist damit für die Gefahrübernahme eine örtliche Grenze gezogen, indem die Versicherung nirgends anders, als in der Police angegeben ist, gilt; sobald ein Gegenstand an einen anderen Ort gebracht wird, ist er wieder unversichert; Ausnahmen hiervon kommen nur vor,

wenn und soweit im gedruckten oder geschriebenen Policen-  
text die Freizügigkeit ausdrücklich gestattet ist.

Findet der Versicherte bezüglich der Objecte, der Werthansätze, der Zeitdauer oder des Versicherungsortes irgend welche Ausstellungen zu machen, so gebe er unbedingt die Police zur Berichtigung zurück, da dies alles wesentliche Theile des Vertrages sind.

## VI. Die Prämie.

Die Prämie bildet die Gegenleistung des Versicherten dafür, daß der Versicherer ihm den durch Brandschaden etwa erwachsenden Vermögensnachtheil innerhalb gewisser Grenzen zu ersetzen sich verpflichtet. Sie ist keine feststehende Größe, sondern unterliegt der freien Vereinbarung und ihre Höhe richtet sich nach der Brandgefährlichkeit des Objectes und seiner Umgebung. Der Prämienfuß, d. i. der Maaßstab für die Berechnung der Prämie, wird in der Theorie ermittelt, indem man zu der betreffenden einzelnen Versicherung sich weitere 999 ganz gleichartige hinzudenkt und mit Hülfe früherer Erfahrungen, soweit solche vorliegen, veranschlagt, wie viele von diesen 1000 Versicherungen voraussichtlich während eines Jahres durch Feuer zerstört werden; der hieraus sich ergebende Bruchtheil in Tausendstel ist der bei gleichmäßiger Vertheilung auf jede einzelne Versicherung entfallende jährliche Schadenantheil oder mit anderen Worten die in Zahlen ausgedrückte, erwartungsmäßige jährliche Gefahr der betreffenden einzelnen Versicherung. Ist z. B. zu erwarten, daß von 1000 Versicherungen von der Art einer angebotenen jährlich fünf gänzlich zerstört werden, so beträgt die erwartungsmäßige Gefahr der angebotenen Versicherung  $\frac{5}{1000}$ , was besagen will, daß auf tausend Theile der Versicherung fünf Theile Schaden zu rechnen sind; diesen Bruchtheil, (5 pro mille) muß also der Versicherer mindestens als



jährliche Gegenleistung bedingen, wenn er nicht direct Schaden bei dem Geschäft erleiden will, außerdem hat er nun aber noch erhebliche allgemeine Kosten, welche auf alle Versicherungen vertheilt werden müssen und er muß endlich berücksichtigen, daß die Schäden sich ungünstiger stellen und deshalb vielleicht etwas über die veranschlagte erwartungsmäßige Höhe hinausgehen können und für diese beiden Zwecke wird ein mäßiger Zuschlag hinzugefügt. Damit ist der Maasstab der vom Versicherten jährlich zu zahlenden Geldleistung gefunden, welche, als eine aus der Netto-Prämie und dem Zuschlag zusammengesetzte Größe mit Brutto-Prämie oder Prämie schlechthin bezeichnet wird. Die Netto-Prämie ist bei der Feuerversicherung eine rein theoretische Größe, die niemals zur Kenntniß des Versicherten und des Agenten gelangt und auch im Allgemeinen nicht für einzelne Versicherungen sondern nur für ganze Klassen ermittelt wird.

Die Berechnung des Prämiensatzes würde leicht und einfach sein, wenn in jedem einzelnen Falle feststände, wie viele Schäden auf die 1000 gleichen Versicherungen zu erwarten sind, aber man kann dies niemals wissen, sondern höchstens vermuthen und die Durchschnittsberechnung wird ferner auch noch dadurch erschwert, daß außer den Totalbränden noch Theilschäden von sehr verschiedener Höhe berücksichtigt werden müssen, deren Wahrscheinlichkeiten noch viel schwieriger zu schätzen sind. Man behilft sich deshalb in der Praxis mit einem nach Maasgabe der früheren Erfahrungen aufgestellten ungefähren Vorschlage (Tarif), für dessen Abstufungen bestimmte äußere Merkmale der Versicherungen zu Grunde gelegt sind; bei der großen Menge der Brandursachen und der sehr verschiedenartigen Beschaffenheit der einzelnen Versicherungen kann auch der beste und complicirteste Tarif nur annähernd, d. h. im Durchschnitt einer großen Zahl von Versicherungen, zutreffen.

Der Schwerpunkt der Prämienbemessung liegt in der möglichst richtigen Schätzung der auf 1000 Versicherungen zu erwartenden Brandschäden und sind deshalb weder Laien noch Agenten im Stande, über die Angemessenheit eines Prämiensatzes urtheilen oder gar denselben aus eigener Wissenschaft berechnen zu können; wohl können sie in der Anwendung vorhandener Tarife eine solche Fertigkeit erlangen, daß sie schließlich den Tarif im Kopfe haben, aber sie sind niemals im Stande, mathematisch festzustellen, ob die einzelnen Tariffsätze auch richtig, bezw. ob sie zu hoch oder zu niedrig sind; dies kann allein der gründlich vorgebildete Fachmann, und auch dieser nur auf Grund langjähriger statistischer Unterlagen. Selbst unter gediegenen Fachleuten können hierbei abweichende Meinungen obwalten, indem die Statistik nicht immer und überall zu gleichen Resultaten führt; auch der in der tarismäßigen Prämie enthaltene Zuschlag kann bei den verschiedenen Gesellschaften sehr verschieden sein.

Diese Schwierigkeit einer zutreffenden Berechnung des Prämienatzes macht selbstredend jedem Laien die Prüfung der Angemessenheit einer ihm abverlangten Prämie unmöglich und auf diesen Umstand wird es zurückzuführen sein, wenn mancher verschrobene Kopf es nicht fassen oder glauben kann, daß die Gesellschaften trotzdem mit ihren Forderungen mäßig seien und sich deshalb berufen fühlt, durch hohle Phrasen über Ausbeutung des Publikums &c. sich einen Namen zu machen und andere Leute irre zu führen. In der Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Prämien Gelder wegen der Billigkeit der heutigen Sätze im Durchschnitt kaum noch zur Deckung der Schäden ausreichen, und wenn trotzdem einige — nicht alle — Actiengesellschaften hohe Dividenden zu vertheilen im Stande sind, so erklärt sich dies daraus, daß sie theils von den in brandarmen Jahren erzielten Ueberschüssen zehren, theils sehr gewagte Geschäftswege kultiviren, bei denen selbstredend



dem höheren Risiko auch höhere Gewinnaussichten gegenüberstehen müssen, endlich, daß bei ihrem kolossal ausgedehnten Geschäft von dem Gesamtgewinn auf die einzelne Versicherung ein so verschwindend kleiner Bruchtheil entfällt, daß durch dessen Abzug die Leistung des einzelnen Versicherten sich kaum vermindern würde. Ferner muß berücksichtigt werden, daß es in der Geschichte der meisten Versicherungs-Actien-Gesellschaften Jahre und Jahrzehnte gegeben hat und theilweise noch giebt, in welchen die Actionaire ihre Einlagen überhaupt nicht verzinst erhielten und mitunter noch Kapitalverluste dazu erlitten, daß es demnach nur recht und billig sein kann, wenn sie dafür zu anderen Zeiten durch höhere Verzinsung ihrer Einlagen schadlos gehalten werden. Daß in der That der Vorwurf der Ausbeutung zu Unrecht erhoben wird, ergiebt sich am schlagendsten jedenfalls daraus, daß die Versicherten bei den Gegenseitigkeits-Gesellschaften im Durchschnitt einer längeren Reihe von Jahren nicht billiger fortkommen, als bei den Actiengesellschaften, aus welchem Umstand so recht zu ersehen ist, daß der Verdienst der Actionaire weniger in den zuviel erhobenen Prämienbeträgen, als in der abweichenden Geschäftseinrichtung der Actiengesellschaften, namentlich in der größeren Betriebsausdehnung und in geschickter Verwaltung des — bei Gegenseitigkeit mangelnden — Einlagekapitals zu suchen ist und sonach von einer Uebervortheilung der Versicherten nicht entfernt die Rede sein kann.

Hiermit soll freilich nicht der Tugend und Mäßigkeit der Versicherungsgesellschaften Weihrauch gestreut werden, denn wie Eingangs erwähnt, sind und bleiben sie rein geschäftliche Institute; aus letzterem Grunde würde nichts Wunderbares darin zu finden sein, wenn die Actiengesellschaften als Kaufleute sich ihre Waare höher als jetzt bezahlen ließen oder bei den Gegenseitigkeitsgesellschaften einschließlich der Societäten die Beiträge Einzelner zu

Gunsten Anderer oder der Gesamtheit höher geschraubt würden: aber das Verhalten im Punkte der Mäßigkeit wird bis herab zum einzelnen Versicherungsfalle bedingt durch die ungemein scharfe Concurrenz, welche im gesammten Versicherungswesen das treibende und regulirende Element bildet und die Interessen der Versicherten besser schützt, als irgend ein Gesetz dies vermöchte. Die Concurrenz hat in Folge fortgesetzter Unterbietungen die Prämie auf den heutigen fast schon zu niedrigen Stand herabgedrückt und sie ist es auch, welche die vorwärts strebenden Anstalten zu immer neuen Erleichterungen für die Versicherten veranlaßt.

Wenn also auch, wie erwähnt, der Laie nicht zu prüfen vermag, ob ein ihm abverlangter Prämienatz angemessen ist oder nicht, so darf er sich doch hierüber beruhigen, indem schon die Concurrenz dafür sorgt, daß eine übermäßige Forderung nicht leicht an ihn herantreten kann. Es ist auch zu berücksichtigen, daß diejenige Gesellschaft, welche die geringste Prämie verlangt, nicht immer schon darum die beste ist; denn wenn eine Gesellschaft mit ihren Sätzen allzuweit heruntergeht, was man treffend mit „Schleudern“ bezeichnet, so gelangt sie dahin, daß sie mit Verlust oder doch ohne Nutzen arbeitet, und sie wird dann wohl oder übel versuchen müssen, die Differenz durch sparsamste Bemessung der Entschädigungen auszugleichen zum Schaden der Versicherten. Wer also zu einem unnatürlich billigen Satze zu versichern trachtet, darf sich nicht beklagen, wenn ihm mit gleicher Elle gemessen wird, indem die Gesellschaft im eintretenden Falle sich ihrer Verpflichtung zur Schadloshaltung ebenfalls so billig als möglich zu entledigen sucht.

Die Prämie muß allemal im Voraus entrichtet worden sein, ehe die Gefahr für Rechnung der Gesellschaft zu laufen beginnt. Dieser Grundsatz hängt zusammen mit dem ureigensten Wesen jeglicher Versicherung und beruht

darauf, daß der Versicherer schon beim Beginn seiner Verpflichtungsperiode die Beiträge aller Objecte nöthig hat, um damit die Schäden, welche sehr wohl alle auf den Anfang der Periode fallen können, ohne Aufenthalt zu decken. Würde der Grundsatz durchbrochen, so wäre damit die Affecuranz eines ihrer ausgeprägtesten Merkmale beraubt, das ganze Betriebssystem des heutigen Versicherungswesens würde unhaltbar werden und eines neuen Fundamentes bedürfen. Es erklärt sich hiernach die in den allgemeinen Versicherungs-Bedingungen regelmäßig aufgestellte und von den Gesellschaften scharf beobachtete Bestimmung, daß die Versicherung nicht früher in Kraft tritt, als bis der Versicherte die Gegenleistung entrichtet hat; wenn also auch in der Police der Zeitpunkt des Beginnes genau angegeben, die Prämie aber bis dahin nicht bezahlt ist, so beginnt die Verpflichtung des Versicherers nicht an dem in der Police angegebenen, sondern erst an demjenigen späteren Zeitpunkte, an welchem die Prämie berichtigt wird. Dies möge jeder Agent und jeder Versicherte wohl beachten und für rechtzeitige Einlösung der Police Sorge tragen, denn nur selten wird eine Gesellschaft sich zum Ersatze eines vor der Zahlung der Prämie eingetretenen Schadens verstehen.

Beim Thema der Geldleistung des Versicherten verlohnt es sich, nochmals der kleinen Gegenseitigkeitsvereine zu gedenken. Diese vertheilen in der Regel jeden einzelnen Schaden auf die Mitglieder und bei etwaiger Vergleichung ergiebt sich meistentheils, daß die Jahresbeiträge geringer sind, als bei großen Anstalten; so geht es in glücklichen Zeiten, d. h. bei wenig Bränden, oft Menschengedenken hindurch, wobei die Betheiligten immer mehr in dem Wahne bestärkt werden, daß ihre Art der Versicherung die bei Weitem vortheilhafteste sei, indem die großen Anstalten viel zu hohe Prämien erheben, um großen Verdienst zu machen, während hingegen der Verein nicht verdienen



wolle und somit den Mitgliedern dieser Mehrbetrag erspart bleibe. So urtheilen fast immer Leute, die wenig in der Welt herumgekommen sind und denen es deshalb unbekannt ist, daß Brände nicht immer und überall gleichmäßig auftreten, daß manche Gegend lange Jahre fast ganz davon verschont bleiben kann, jedoch früher oder später durch eine Brandperiode um so schwerer heimgesucht zu werden pflegt, je länger diese Brandperiode ausgeblieben ist. Es mag die Ursache und Gefährlichkeit jener „Ersparung“ an einem Beispiel veranschaulicht werden: Im Bezirk A. arbeiten gleichzeitig und mit gleicher Betheiligung eine große, weit ausgebreitete Gesellschaft und ein auf diesen Bezirk allein beschränkter Verein; die Zeiten sind für den Bezirk A. günstig und erfordert deshalb die Versicherung im Verein geringere Beiträge als bei der großen Anstalt, welche letztere nämlich genöthigt ist, den in A. sich ergebenden Ueberschuß zur Deckung übermäßiger Schäden im Bezirk B. mit zu verwenden. Im Laufe der Jahre ändert sich allmählig die Sache, der Bezirk B. ist jetzt durchweg neu und feuersicher aufgebaut, die Brandstifter sind unschädlich gemacht, Ordnung, Sicherheit und Wohlstand mehren sich und die Brände werden immer seltener; im Bezirk A. hingegen bestehen noch immer alte brandgefährliche Bauarten, die Löscheinrichtungen wurden lange Zeit nur selten gebraucht und deshalb vernachlässigt, die Bewohner träumen sich in voller Sicherheit, denn in A. brennt es ja nicht und zudem sind sie bei ihrem bewährten Verein versichert. Nun kommen einige Nothjahre, der Wohlstand nimmt ab, die Verbrechen, in erster Linie Brandstiftungen, mehren sich, eigene Brandstiftungen heruntergekommener Leute treten hinzu: genug es überkommt jetzt den Bezirk A. eine solche Brandperiode, wie sie vor dem im Bezirk B. bestand. Während nun die große Anstalt die Sache ruhig mit ansehen kann, weil ihr aus dem jetzt feuersicheren Bezirk B. hinreichender Ueberschuß



zufließt, um ihre Schäden in A. zu decken, währenddem schwellen die im Verein nöthig werdenden Beiträge immer mehr an; die Besitzer der besseren Objecte sehen bald ein, daß sie jetzt bei großen Gesellschaften billiger versichern können, sie scheiden deshalb aus, wodurch sich die Qualität des zurückbleibenden Stammes fortgesetzt verschlechtert; die Beiträge werden nun immer höher und drückender, wollen aber trotzdem nicht ausreichen, und spitzt sich die Sache so lange zu, bis schließlich die seit Menschengedenken begangenen Sünden von den letzten Mitgliedern gebüßt werden müssen, indem sie entweder im Brandfalle keine Entschädigung erhalten können, oder so lange für Andere bluten müssen, bis sie selber verarmt sind; und dies ist — zum Schaden der Spott — das Schicksal gerade derjenigen Vereinsmitglieder, die am längsten für andere bezahlt und anderen Leuten zu neuen, billig versicherbaren Häusern verholfen haben. In solcher Weise rächt es sich, wenn in guten Zeiten auf Kosten der schlechten an der Prämie gespart wird; ob man sich unter den mit A. und B. bezeichneten Bezirken je ein Dorf, eine Stadt, ein Kirchspiel, einen Kreis oder ein kleines Land vorstellen will, kommt alles auf dasselbe heraus. —

## VII. Veränderungen.

Während der Dauer eines Versicherungsvertrages können mannichfache Umstände eintreten, welche die Gefahr vermindern oder erhöhen. Subjectiv, d. h. in Rücksicht auf die Person des Versicherten, kann z. B. die Gefahr sich wesentlich erhöhen, indem ein versichertes Object aus dem Eigenthum eines rechtlichen, vorsichtigen Mannes übergeht in die Gewalt eines Krakehlers, an dem Andere durch Brandstiftung Rache nehmen wollen, oder eines herabgekommenen Säufers, Spielers oder Langerers, von dem eigene Brandstiftung vermuthet werden kann,

oder eines nachlässigen Menschen, der mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht und seine Leute nicht zur Vorsicht anhält. Ebenso wird die bisherige Gefahr objectiv wesentlich erhöht, wenn in der Nähe ein feuergefährliches Gewerbe aufgenommen wird, wenn neue Feuerstellen im Hause errichtet, feuergefährliche Vorräthe in nächster Nähe gehäuft oder die versicherten Gegenstände an einen andern Ort gebracht werden, wo die Gefahr ihrer Umgebung größer ist, u. s. w.

Der Einfluß solcher äußerlich erkennbaren Umstände auf die Feuergefährlichkeit läßt sich ziemlich genau bestimmen, solche Merkmale sind deshalb auch für den Versicherer vielfach Ausschlag gebend, namentlich richtet er sich bei seinem Entschlusse über Annahme oder Ablehnung und bei Bemessung der Prämie in jedem einzelnen Falle nach den bei Stellung des Antrages vorhandenen Umständen. Bei der Annahme der Versicherung und bei Bemessung der Prämie wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß wesentliche Veränderungen, welche eine Gefahrerhöhung bedingen, im Laufe der Versicherungsperiode nicht eintreten werden, und mit Recht wird dies vorausgesetzt, weil es in den meisten Fällen zutrifft und wesentliche Veränderungen, obgleich ziemlich häufig doch immer nur Ausnahmen bilden. Wollte der Versicherer anders verfahren und etwa in jedem einzelnen Falle eine um soviel höhere Prämie erheben wollen, daß jedes Object bei jeder auch noch so gefährlichen Veränderung versichert bleiben sollte, so würde dies eine bedeutende Erhöhung aller geringeren Prämienätze zur Folge haben müssen und hierin bei der großen Differenz zwischen den für gefährliche und ungefährliche Objecte bestehenden Sätzen ein schweres Unrecht liegen für alle diejenigen Versicherungen, bei welchen im Laufe der Versicherungsperiode die Gefahr sich nicht erhöht; es ist sonach der einzig richtige Weg, daß im Allgemeinen die Unveränderlichkeit vorausgesetzt wird und die-

jenigen Einzelfälle, wo eine Veränderung vorfällt, als Ausnahmen behandelt werden.

Hiernach leuchtet auch ein, daß dem Versicherer billiger Weise nicht zugemuthet werden kann, nach etwa eingetretenen Veränderungen eine Versicherung fortzusetzen, welche er, wenn die gleichen Umstände schon bei Stellung des Antrages vorgelegen hätten, abgelehnt oder doch nur unter schärferen Vorsichtsbedingungen und zu höherer Prämie angenommen haben würde; mit anderen Worten, daß dem Versicherer das Recht gewahrt bleiben muß, bei solchen Veränderungen, welche eine wesentliche Gefahrerhöhung in sich schließen, von dem Versicherungsvertrage zurückzutreten oder zur Vermeidung dieses Rücktrittes sich für die Folge eine höhere Gegenleistung des Versicherten und die etwa sachdienlichen Schutzmaßregeln zu bedingen. Die Gesellschaften machen denn auch in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen regelmäßig einen entsprechenden Vorbehalt, dahin gehend, daß ein etwaiger Wechsel im Eigenthums- oder Besitzverhältniß, ferner die Veränderung des Aufbewahrungsortes und diejenigen sonstigen Veränderungen, welche eine wesentliche Erhöhung der Gefahr bewirken und zu des Versicherten Kenntniß gelangen, ihr, der Gesellschaft angezeigt werden müssen, und daß die Versicherung nach einer solchen Veränderung nur dann gültig fortbesteht, wenn die Gesellschaft nach Kenntnissnahme von der Veränderung sich ausdrücklich für die Fortsetzung der Versicherung entscheide und dem Versicherten dies schriftlich mittheile.

Demnach hat der Versicherte von einem Wechsel im Eigenthums- oder Besitzverhältniß, von einer Ueberführung der Gegenstände in ein anderes als das in der Police bezeichnete Lokal, sowie von jeder anderen, die Gefahr erhöhenden Veränderung allemal Anzeige zu erstatten und auf schriftliche Fortsetzungserklärung hinzuwirken, wenn der Vertrag nicht zugleich mit der Veränderung erlöschen



soll; erst dann, wenn er die Genehmigung schriftlich in Händen hat, ist die Versicherung ferner ungültig und soll demnach der Versicherte sich nicht eher zufrieden geben, als bis er diese schriftliche Zustimmung besitzt, namentlich soll er nicht, wie dies sehr häufig geschieht, sich dabei beruhigen, daß ja „der Agent“ den Sachverhalt kenne, denn diese Kenntniß ist nicht entscheidend, sondern nur die schriftliche Erklärung der Gesellschaft selbst oder desjenigen Generalvertreters, welcher die Police ausfertigt hat.

Von dem Versicherten wird die Anzeige mit Recht gefordert, weil er trotz des Versicherungsverhältnisses über die Objecte frei verfügen darf, so daß er jederzeit in der Lage ist, Veränderungen willkürlich herbeizuführen, und weil er ferner auch diejenigen Veränderungen, welche ohne sein Zuthun entstanden sind, ungesäumt erfährt.

Ob im einzelnen Falle die eingetretene Veränderung die Feuergefährdung erhöht und deshalb anzeigepflichtig ist, darüber läßt sich oftmals streiten, zumal der Sachmann häufig Umstände für gefährlich erachten muß, an welche der Versicherte längst so gewöhnt ist, daß ihm eine dabei obwaltende Gefahr gar nicht zum Bewußtsein kommt; jedenfalls thut der Versicherte besser, wenn er eine nach seiner Meinung unerhebliche Veränderung anzeigt, als wenn er die Wichtigkeit einer solchen unterschätzt und sich durch die unterlassene Anzeige im Falle eines Brandes Schaden und Uergernisse bereitet.

Wenn umgekehrt im Laufe einer Versicherung die Gefahr sich wesentlich vermindert, so wird jede Gesellschaft auf dahin gehenden Antrag zu einer angemessenen Herabsetzung der Prämie sich gern herbeilassen.

Beiläufig sei noch bemerkt, daß die Bezeichnung „Veränderungs-Genehmigung“, welche sich für die von der Gesellschaft im Falle der Fortsetzung zu ertheilende schriftliche Erklärung herausgebildet hat, falsch ist und unter



Umständen zu einer unrichtigen Auffassung des Rechtsverhältnisses führen kann. Der Versicherte kann die versicherten Objecte veräußern oder die Gefahr vermehren, wann und so bei er immer mag, ohne daß der Gesellschaft ein Recht zustände, ihm dies zu verbieten oder das Geschehene rückgängig zu machen; ihr Recht besteht einzig und allein in der Wahl, ob sie den mit der Veränderung von selbst erloschenen Vertrag durch schriftliche Erklärung wieder ausleben machen will, oder ob sie es bei dem stattgehabten Erlöschen (ausdrücklich oder stillschweigend) belassen will und es kann demnach die Genehmigung der Veränderung selbst, also der Thatfachen und Handlungen, garnicht in Frage kommen. Diese Unterscheidung ist wichtiger, als bei oberflächlicher Betrachtung scheinen mag, denn eine Veränderung thatsächlicher Umstände muß schon als genehmigt gelten, wenn der Berechtigte keinen Widerspruch erhebt, so daß also sein Stillschweigen genau dieselbe Wirkung thut, wie eine ausdrückliche Zustimmung, während hingegen zur Erneuerung eines erloschenen Vertrages die ausdrückliche Fortsetzungserklärung unbedingt erforderlich ist. Die Schwankungen der Gerichtspraxis nebst den vielen irrthümlichen richterlichen Auffassungen bei diesem Punkte, über welche von den Versicherern häufig geklagt wird, sind ohne Zweifel zum größten Theil auf die hervorgehobene unrichtige Bezeichnung zurückzuführen. Richtiger, als der bemängelte Ausdruck, würde die Bezeichnung „Erneuerungs-Schein“ sein.

### VIII. Die Prolongation.

Der Prolongationschein ist die urkundliche Erklärung der versichernden Gesellschaft, daß der bestandene Versicherungsvertrag auf bestimmte Zeit verlängert, also zu gleichen Bedingungen fortgesetzt werden solle. In der Regel wird der Versicherte noch vor Ablauf seiner Police

befragt, ob er die Fortsetzung wünsche und ob in bisheriger Weise oder mit welchen Aenderungen; vor Abgabe einer bezüglichen Erklärung ist es Zeit, durch Vergleichung der ablaufenden Police mit der Wirklichkeit festzustellen, ob auch alle darin enthaltenen Gegenstände, Beträge, Aufbewahrungsorte und Gefahrumstände unverändert fortbestehen, ob nicht vielleicht inzwischen eine Verringerung einzelner Gegenstände und Werthe stattgefunden habe, wofür die Prämie erspart werden kann, und ob nicht andererseits neue Objecte hinzugekommen, bei manchen Objecten jetzt ein höherer Bestand oder Werth, als in der Police bemerkt, vorhanden sei, so daß sich eine Nachversicherung empfehle, endlich ob nicht etwa eine anzeigepflichtige Gefahrerhöhung eingetreten oder zufolge Verringerung der Gefahr eine Ermäßigung nachzusuchen sei. Geringfügige Differenzen können neben der Prolongation richtig gestellt werden, bei wesentlichen Veränderungen aber thut man besser, die erste Police ablaufen und sich eine neue für die gegenwärtige Lage der Versicherung ertheilen zu lassen.

Wohl zu unterscheiden von der Prolongation ist die Einziehung der Jahresprämie bei einer auf mehrere Jahre mit jährlicher Prämienzahlung geschlossenen Versicherung; denn hier besteht der Vertrag noch für bestimmte künftige Zeit in Kraft und es wird nur eine fällige Rate der Prämie eingefordert, während hingegen durch die Prolongation ein ablaufender Vertrag auf eine gewisse fernere Periode ausgedehnt wird; beide, die vom Versicherten beantragte Prolongation und die Jahresprämienquittung haben unter einander und mit der Police das gemein, daß bei nicht prompter Vorausbezahlung der Prämie zwar der Vertrag besteht und sonach der Versicherte gebunden ist, hingegen die Verpflichtung der Gesellschaft zum Ersatze eines etwaigen Schadens so lange ruht, bis die Prämie berichtigt ist, demnach also der Versicherte während dieser Unterbrechung gegen etwaigen Schaden nicht

gedeckt ist; er sorge also rechtzeitig für die Erneuerung der Police und prompte Einslösung der Prolongation, und wenn ihn hierzu nicht schon die Gesellschaft veranlaßt, so thue er es aus eigenem Antrieb, da er allein im Unterlassungsfalle den etwaigen Nachtheil davon haben würde.

## IX. Allgemeines über Brandschaden.

Der wesentlichste und leitende Grundgedanke des gesammten Versicherungswesens und somit auch der Feuerversicherung besteht darin, daß der an einzelnen Objecten entstehende Schaden durch eine größere Zahl unbeschädigt bleibender antheilig mit getragen werde, oder mit anderen Worten, daß nicht auf alle, sondern nur auf einzelne von den bestehenden Versicherungen die gänzliche oder theilweise Zerstörung durch Feuerschaden erwartet wird. Hat Jemand für gewisse Zeit die Prämie bezahlt und das versicherte Object ist bis zum Ende der Versicherungsperiode unverfehrt geblieben, so hat die Gesellschaft nicht etwa schlechthin diesen Prämienbetrag verdient, sondern diese Prämie hat ganz oder theilweise zur Bezahlung von Schäden an anderen Versicherungen verwendet werden müssen. Das Verhältniß der Zahl und Größe dieser erwartungsmäßigen einzelnen Schäden zur Zahl und Größe aller Versicherungen übt bei Bemessung der Prämie bestimmenden Einfluß aus und die versichernde Gesellschaft hat ein wesentliches, unter Umständen bis zur Lebensfrage sich steigernes Interesse daran, daß die wirklich eintretenden Schäden nicht über die Höhe der als erwartungsmäßig zu Grunde gelegten hinausgehen. Hieraus folgt, daß ein Versicherter, der zur Erlangung der Versicherungssumme dem Zufall nachhilft und sein versichertes Eigenthum selbst in Brand steckt, hiermit nicht nur — wie Mancher meint — auf etwas gewaltsame Art der Gesellschaft einen Verdienst oder eine Ersparniß entzieht, sondern daß er vielmehr



einen offenbaren Raub begeht, der schändlich, feige und um so strafwürdiger ist, als dadurch auch für das Gemeinwesen eine mehr oder weniger große Gefahr nebst Kosten und Anstrengung erwächst und ferner, weil die Gesellschaften weder direct noch durch ihre Vertreter auf jedes versicherte Object unausgesetzt Obacht geben können, also in dieser Hinsicht auf Treue und Redlichkeit des Versicherten angewiesen sind.

Aber auch abgesehen von vorsätzlicher Herbeiführung eines Schadens hat schon das passive Verhalten des Versicherten einen ungemein großen Einfluß auf den Grad der Gefahr für das versicherte, in seiner Gewalt und Aufsicht verbleibende Object. Von seinem Willen und Verhalten hängt es gewöhnlich ab, ob ein Umstand, der einen Schaden nach sich ziehen kann beseitigt, das nöthigste Löschmaterial stets bereit gehalten, ein ausbrechendes Feuer im Keim erstickt oder auf seinen Heerd beschränkt, ob das Werthvollste der drohenden Vernichtung entrisen wird u. s. w. Schon eine lässige Handhabung der Hausordnung, unzureichende persönliche Aufsicht und mangelnde Energie des guten Willens — Alles keine Handlungen sondern nur Unterlassungen — reichen oft hin, um die Gefahr mancher Objecte bis zur Unversicherbarkeit zu erhöhen, indem sie den jeweils vorhandenen anderweiten Einflüssen persönlicher oder sachlicher Natur die Möglichkeit einer schädlichen Einwirkung eröffnen.

Der Versicherte ist nach der auf Treue und Glauben beruhenden Natur des Versicherungsverhältnisses verpflichtet, sowohl dem Ausbruche eines Schadenfeuers nach Möglichkeit vorzubeugen, wie auch ferner im Falle eines Brandes Alles zu thun, um die Objecte vor der Zerstörung und dem Abhandenkommen zu schützen. Die Gesellschaften machen ihm denn auch ohne Ausnahme in den Versicherungsbedingungen dies ausdrücklich zur Pflicht, indem einerseits Brandschäden, welche nachweislich durch Vorsatz



oder grobes Verschulden des Versicherten herbeigeführt werden, von der Ersatzpflicht ausgeschlossen bleiben sollen, andererseits neben der allgemeinen Vorschrift der thunlichsten Bewahrung und Rettung dem Versicherten in geeigneten Fällen noch ferner im Voraus genaue Anweisung gegeben wird, wie er sich im Falle eines Brandes im Interesse der Gesellschaft zu verhalten und was er nach dem Brande zunächst zu veranlassen habe. Hierzu gehören unter anderem die Vorschriften, daß manche Objecte, z. B. Glaswaaren-Läger und ähnliche empfindliche Dinge im Falle eines Brandes nicht geräumt werden dürfen, weil erfahrungsmäßig an ihnen gewöhnlich mehr durch Räumung als durch Brand vernichtet zu werden pflegt; ferner daß der Versicherte die obrigkeitliche Untersuchung des Brandes und seiner Ursachen veranlasse, falls dieselbe nicht von Amtswegen erfolgt; daß abhanden gekommene Sachen ungeräumt der Polizeibehörde zur Anstellung geeigneter Ermittlungen zu melden sind; daß der Zustand der durch Brand beschädigten Sachen vor Feststellung der Schadenhöhe nicht verändert werden dürfe, und ähnliches. Diese Vorschriften sind eigentlich überflüssig, weil selbstverständlich für Jeden, der nach Recht und Gewissen handelt, aber es fehlt nicht an Beispielen, daß sogar trotz der ausdrücklichen Aufnahme in die Police aus bösem Willen, Fahrlässigkeit oder Kopflosigkeit dagegen verstoßen wird; gegen bösen Willen ist kein Kraut gewachsen, aber er rächt sich im Falle der Entdeckung durch Verlust jeglicher Entschädigung; um aber nicht grundlos in den Verdacht böser Absicht zu gerathen, sollte kein Versicherter es verabsäumen, mit diesen wenigen Einzelbestimmungen — soweit solche überhaupt getroffen sind, — sich im Voraus soweit vertraut zu machen, daß ihm jederzeit ohne Einsicht der Police geläufig ist, was bei oder unmittelbar nach einem Brande von ihm erwartet wird.

Häufig genug kommt es vor, daß die Police mit verbrennt und der Versicherte dann weder die ihm zunächst obliegenden Pflichten kennt, noch sich zu helfen weiß, um die Gewährung der Entschädigung herbeizuführen. Kommt Jemand in diese Lage, so ist ihm zu rathen, daß er sofort nach Löschung des Brandes sich zu einem anderen Versicherten derselben Gesellschaft und womöglich seines Standes, oder zu dem Agenten begiebt und sich dort eine Police derselben Art vorlegen läßt; dies wird ihn nicht leicht irre führen und ist jedenfalls sicherer, als wenn er sich aufs Abwarten legt oder bloß den Rathschlägen anderer Leute folgt, die vielleicht weniger davon verstehen als er selbst, und darüber inzwischen etwas versäumt. Auch auf den Agenten soll der Versicherte sich nicht lediglich verlassen, denn die Agenten haben in der Mehrzahl mit Brandschäden noch nichts zu thun gehabt, haben also aus der Praxis darüber noch keine Erfahrungen gesammelt und sind nach der Natur ihres Amtes als Vermittler nur in sehr beschränktem Maaße dazu ermächtigt, für die Gesellschaft bindend Erklärungen abzugeben und Anordnungen zu treffen, welche sich auf Schäden beziehen.

Abgesehen von den für den einzelnen Fall etwa vorgeschriebenen Maaßregeln kommt es allemal darauf am meisten an, daß sofort nach dem Brande und jedenfalls innerhalb der dafür bestimmten Frist dem Agenten oder der Gesellschaft schriftlich von dem Eintritt eines Schadens Kenntniß gegeben werde und ferner binnen ebenfalls bestimmter Frist die schriftliche Zusammenstellung des Umfanges dieses Schadens und des dafür beanspruchten Ersatzes eingereicht werde. Wohl nur selten ahnt der Uneingeweihte die hohe praktische Bedeutung dieser beiden Fristen für die versichernde Gesellschaft. Soweit die versicherten Objecte vollständig verbrennen, verschwinden sie für immer bis auf einen geringen, zumeist unkenntlichen Aschenrest, während bei theilweiser Beschädigung die Ueberreste oft-

malß einen Rückschuß auf den Umfang und die Beschaffenheit vor dem Brande nicht ziehen lassen; diese Art und Weise, wie die versicherte Sache durch die Zerstörung zugleich der körperlichen Controle entzogen wird, bringt es mit sich, daß die Gesellschaft bei Ermittlung der Schadenhöhe in erster Linie auf die Angaben des Versicherten, also auf dessen Redlichkeit sich verlassen muß. Es giebt aber bekanntlich neben redlichen Leuten auch unredliche, und von diesen werden die Gesellschaften nicht selten durch eigene Brandstiftung oder durch Betrug bei Angabe des Schadenumfanges in gröbster Weise hintergangen; ein sicheres Schuzmittel hiergegen giebt es nicht, denn da ein Brandstifter sich bei Ausführung seiner verbrecherischen Handlung keine Zeugen zu rufen pflegt und die etwaigen Betrügereien sich innerhalb der Möglichkeit des keinem Dritten genau bekannten Einzelfalles zu halten pflegen, so hängt die Entdeckung solcher strafbaren Handlungen fast immer von Zufälligkeiten ab, und zwar von solchen, die der Versicherte nicht bedacht hatte oder nicht zu hindern vermochte; je längere Zeit aber zwischen einem derartigen Brande und der Anstellung sachgemäßer Ermittlungen verstreicht, um so geringer wird die Aussicht auf das Gelingen der Entdeckung, weil inzwischen jede Spur hat vertilgt und der Sachverhalt verdunkelt werden können. Wenn also die Gesellschaft gegen Betrügereien wenigstens etwas geschützt sein soll, so muß sie ohne Zeitverlust die ihr zweckmäßig scheinenden Maßregeln treffen können, sie muß also von jedem Schadenfall und seinem Umfang möglichst schnell Kenntniß erlangen, und dies bezwecken die vorerwähnten beiden Fristen.

## X. Schadenaufstellung und Entschädigung.

Bei der Schadenaufstellung tritt das Wesen der Versicherung als auf Treue und Glauben beruhend, am



meisten hervor. Vom Versicherten kann der volle Beweis dafür, daß jeder zum Ersatz liquidirte Gegenstand auch wirklich verbrannt sei und den beanspruchten Werth gehabt habe, in der Regel nicht wohl gefordert werden; seine Beweispflicht beschränkt sich zunächst auf Nachweisungen von mehr aufklärender Natur und auf solche Beweise, die zufolge besonderer Eigenthümlichkeiten gewisser einzelnen Objecte in der Police ausnahmsweise und ausdrücklich bedungen worden sind. Die Angaben des Versicherten über den Umfang der Zerstörung sind deshalb die nächstliegende und nicht selten die einzige Grundlage zur Ermittelung der Entschädigung; so lange der Versicherer nicht anderweite Umstände erfährt, durch welche diese Angaben widerlegt oder abgeschwächt werden, muß er wohl oder übel sich auf deren Richtigkeit verlassen. Um so größer ist die Pflicht des Versicherten zu bedingungsloser Redlichkeit und um so größer auch seine Verantwortlichkeit im Falle der Zuwiderhandlung; ein Versicherter, dem die wissenschaftliche Uebersetzung seines Schadens nachgewiesen werden kann, verliert alle ihm aus dem Versicherungsverhältniß zustehenden Rechte und Ansprüche, d. h. er erhält auch den wirklich entstandenen Schaden nicht ersetzt und er ist außerdem straffällig wegen Betruges. Leider macht auch hierbei nur zu oft die Gelegenheit Diebe und schon Mancher ist daran zu Grunde gegangen, daß er, sich hinreichend sicher wähnend, um eines mitunter verhältnißmäßig unbedeutenden Vorthelmes willen Ehre und Existenz auf's Spiel setzte. Die Versicherung soll niemals zu einem Gewinne führen, vielmehr nur den wirklichen Verlust, und diesen wiederum nur innerhalb der Grenzen der geschlossenen Versicherung, ersetzen. Die Schadenaufstellung des Versicherten darf deshalb weder mehr Objecte als verloren gegangen bezeichnen, als thatsächlich der Fall war, noch gerettete Gegenstände verschweigen, noch endlich bei den Werthangaben Abweichungen zu eigenen Gunsten



enthalten; jeder dieser drei Fälle ist als Betrug anzusehen, wenn er mit Absicht und Vorwissen geschieht. Wohl die Mehrzahl aller Fälle von Betrug entgeht der rächenden Nemesis, aber es kommen andererseits auch wieder zuweilen Fälle an's Tageslicht, deren weither geplante Anlegung und deren feine Ausführung jedes Mißlingen auszuschließen schien; hierbei pflegt ebenso wie bei vorsätzlicher Brandstiftung der unberechenbare Zufall die Rolle des Denuncianten zu spielen und als die kleine Ursache großer Wirkungen das selbst verschuldete traurige Verhängniß herbeizuführen.

Weit verbreitet ist die irrthümliche Annahme, daß der Versicherte der Specification seines Schadens überhoben sei, wenn er bei der Aufnahme dem Agenten jeden Gegenstand vorgezeigt habe: diese Vorzeigung beweist nichts für das Vorhandensein und den Werth zur späteren Zeit eines Schadens, und hierauf, nicht auf die oft weit zurückliegende Zeit des Vertragschlusses, kommt es an. Es soll nur der gemeine Werth der Objecte zur Zeit des Schadens ersetzt werden und entsteht die Frage, ob dieser gemeine Werth nicht ohnehin mit dem Versicherungswerth identisch ist, da doch von vorne herein zur Versicherung nicht mehr als der gemeine Werth kommen soll. Dieser Ideengang hat indeß nur scheinbar einige Berechtigung, indem der gemeine Werth außer an den Gegenstand auch an die Zeit gebunden und jedes Object mehr oder weniger einer Werthveränderung unterworfen ist, die in den allermeisten Fällen in fortschreitender Verringerung und nur in seltenen Ausnahmefällen in einer Erhöhung besteht. Der gemeine Werth eines Gebrauchsgegenstandes zur Zeit der Versicherungsannahme wird deshalb in den meisten Fällen höher sein, als der gemeine Werth desselben Gegenstandes zur späteren Zeit eines Schadens, gleichviel, ob die Differenz als das Resultat einer langen Zwischenzeit oder besonderer Umstände be-

deutend ist, oder ob die Werthabnahme nur erst wenig vorgeschritten war. Rechnet man hinzu, wie großen Wandlungen die zum menschlichen Gebrauch oder Vermögen gehörigen Gegenstände nach Zahl, Menge, Gebrauchsfähigkeit u. ausgefetzt sind, so ergibt sich hieraus, daß für alle bei einem Brande in Frage kommenden Objecte der Werth zur Zeit des Schadens im Einzelnen erst zu ermitteln ist, selbst dann, wenn die Identität der zerstörten Objecte mit den zur Versicherung gebrachten, sowie auch die derzeitige Angemessenheit des Versicherungswerthes unstreitig feststeht. Um hierüber ganz klar zu werden, braucht man nur das im IV. Abschnitt gegebene Beispiel zu verfolgen und anzunehmen, daß die dort erwähnten drei Röcke im damaligen Werthe von 54 Mark ein Jahr später durch Feuer zerstört werden; der gemeine Werth zur Zeit des Brandes, also der entstandene Schaden, berechnet sich dann wie folgt: der älteste Rock ist 5 Jahre getragen, also werthlos; der zweitälteste 3 Jahre und ist mithin noch 30 Mark minus  $\frac{3}{5}$ , also 12 Mark werth, der neueste ist ein Jahr alt und demnach werth 30 Mark minus  $\frac{1}{5}$ , das ist 24 Mark; mithin betrug der gemeine Werth der drei Röcke zur Zeit des Brandes 36 Mark, also 18 Mark weniger als zur Zeit der Versicherungnahme; wenn also der Versicherte die vollen 54 Mark als Schadenersatz erhielte, so würde hierin eine Bereicherung liegen, die moralisch verwerflich und außerdem gesetzlich verboten ist. Diesem so einfachen Gedankengange vermögen nur wenige Versicherte und auch nicht einmal alle Richter zu folgen, und auf diesen Punkt hauptsächlich ist es zurückzuführen, wenn viele Versicherte sich durch die nach ihrer Meinung ungerechtfertigten Abzüge beschwert fühlen, und wenn, was thatsächlich der Fall, sogar theilweise in richterlichen und sonstigen behördlichen Kreisen der Irrthum besteht, daß schlechthin die Zahlung der Versicherungssumme in Frage komme,

so lange nicht die Gesellschaft Gegenbeweise eines Minderwerthes beibringe, und daß sonach im Allgemeinen die Versicherungsgesellschaften die Rechte ihrer Versicherten zu schmälern und sich ihren Pflichten zu entziehen trachten, wenn überhaupt eine andere Grundlage zur Schadenregulirung verlangt werde, als die Versicherungssumme.

Selbstredend kann die Möglichkeit vorliegen, daß der etwaige Abgang und die naturgemäße Werthverminderung versicherter Objecte durch stattgehabte Vermehrungen, Verbesserungen u. s. w. ausgeglichen oder noch überholt worden ist; solches kann aber nicht vermuthet werden, sondern wird erst glaubhaft durch einen besonderen Nachweis von Seiten des Versicherten. Wenn z. B. Jemand heute ein vollständiges, neues, elegantes Mobiliar besitzt, so werden dies, — abgesehen von wenigen schnell verbrauchten und deshalb zeitweise erneuerten Sachen — nach fünf Jahren im Wesentlichen noch dieselben Stücke sein, aber es bedarf keines großen Scharfsinnes, um einzusehen, daß nach fünfjährigem Gebrauch das Mobilar lange nicht mehr den Neuwerth besitzt. War also bei der Versicherungsnahme vor 5 Jahren der Versicherungswerth dem wahren Werthe entsprechend, was im Zweifel anzunehmen ist, und vermag der Besitzer nicht nachzuweisen, daß die naturgemäße Werthverminderung anderweit ausgeglichen sei, was nicht vermuthet werden kann, so ist die Absetzung eines der Werthverminderung entsprechenden Theiles von der Versicherungssumme nicht allein gerechtfertigt, sondern sogar geboten, weil die Zahlung der vollen Versicherungssumme dem Versicherten einen Gewinn zuführen würde.

Hat der Versicherte die Aufstellung seines Schadens gefertigt und eingereicht, so hat er, auch wenn überall nur der gemeine Werth zur Zeit des Brandes angesetzt ist, noch keineswegs ohne Weiteres die als Resultat sich ergebende Endsumme als Entschädigung zu fordern, vielmehr sind Schaden und Entschädigung verschiedene Begriffe,



die sich nur selten vollständig decken. Zum Schaden des Versicherten pflegen mancherlei unversicherte Werthe zu gehören, sei es nun, daß sie, wie z. B. baares Geld, überhaupt unversicherbar sind, oder daß sie durch besondere Bedingung ausgeschlossen worden sind, oder endlich, daß der Versicherte deren Mitversicherung unterlassen hat; diese unversicherten Werthe haben unter Umständen ebenfalls Einfluß auf die Ermittlung der Entschädigung, so namentlich bei der Selbstversicherung, von welcher weiter unten die Rede ist, und es gehören deshalb auch diese unversicherten Gegenstände in die Schaden- (nicht Entschädigungs-) Berechnung. Dem von der Gesellschaft mit der Regulirung beauftragten Vertreter liegt sodann die vielseitige und schwierige Aufgabe ob, an der Hand der Schadenaufstellung mit dem Versicherten die Entschädigung zu vereinbaren. Zunächst wird der Vertreter sich überzeugen, ob der Versicherte überall nach Treue und Redlichkeit verfahren hat, ob er der Gesellschaft in seinem Versicherungsantrage eine zutreffende Schilderung der Verhältnisse gegeben, namentlich alle gefährlichen Umstände richtig bezeichnet hat, so daß der Gesellschaft eine der Gefahr entsprechende Prämie zugekommen ist; er wird sich überzeugen, ob der Versicherte den Bedingungen der Police vor und nach dem Brande entsprochen hat; er wird sich die Brandstelle und die Brandüberreste ansehen, die Brandursache erforschen, über die Persönlichkeit und Verhältnisse des Versicherten und seiner Angehörigen sich klar machen, und erst wenn Alles dies geschehen ist, wird er in die eigentliche Verhandlung mit dem Versicherten eintreten.

Diese Verhandlung hat, — das sollte jeder Versicherte schon vor Einreichung seines Versicherungs-Antrages berücksichtigen — einen rein vertrags- und geschäftsmäßigen Character. Hat der Versicherte gegen Treue und Glauben verstoßen, hat er einer groben Zuwiderhandlung gegen seine Pflichten und Bedingungen sich schuldig gemacht,



sucht er die Gesellschaft bei dem Ermittlungsverfahren zu täuschen, so wird in solchen Fällen der Vertreter keinen Anstand nehmen, ihn mit allen seinen Ansprüchen rundweg abzuweisen; liegen minder schwere Verstöße vor, oder sind solche nicht dem bösen Willen des Versicherten zuzuschreiben, so wird je nach den Umständen in einzelnen Fällen das gleiche Resultat eintreten, in der Mehrzahl der Fälle wird der Vertreter es bei einem Strafabzuge bewenden lassen und einen Vergleich zu schließen suchen, aber nur in wenigen Fällen wird dem Versicherten ein gleich hoher Entschädigungsbetrag zufließen, als wenn alle Verhältnisse sich in vollständiger Ordnung befunden hätten. Liegen derartige principielle Ablehnungsgründe nicht vor, so ist nunmehr auf der durch die Schadenaufstellung des Versicherten gegebenen Grundlage die Höhe der zu gewährenden Entschädigung vertragsgemäß im Einzelnen festzustellen; es werden zu dem Ende zunächst diejenigen Objecte ausgeschieden, welche unversichert waren, sei es nun, daß sie in der Police nicht genannt sind, oder daß sie nur an einem bestimmten anderen Orte, als wo sie verbrannt sind, versichert sein sollten. Dann kommt in Frage, ob der Versicherte einen Theil des Schadens als Selbstversicherung zu tragen hat; unter dieser Bezeichnung versteht man denjenigen Antheil am Werthe eines versicherten Gegenstandes, welchen der Versicherer nicht zur Deckung übernommen hat, welchen also der Versicherte gewissermaßen bei sich selbst versichert; man unterscheidet zwei Arten von Selbstversicherung, nämlich die obligatorische oder nothwendige, bei welcher der Versicherte vertragsgemäß verpflichtet ist, in jedem Falle und ohne Rücksicht auf die Höhe des Schadens einen bestimmten Bruchtheil des letzteren selbst zu tragen, und die facultative oder natürliche Selbstversicherung, welche vorliegt, sobald der Bestand oder Werth eines Objectes über die in der Police angegebene Höhe hinausgeht. Wenn z. B. in der Police

bedungen ist, daß der Versicherte  $\frac{1}{4}$  jedes etwaigen Schadens als Selbstversicherung zu tragen habe, so liegt nothwendige Selbstversicherung vor und der Versicherte erhält nur  $\frac{3}{4}$  des Schadenbetrages ersetzt, gleichviel, ob letzterer hoch oder niedrig ist, ob er das ganze Object oder nur einen Theil betroffen hat. Wenn sich hingegen herausstellt, daß von einem versicherten Object zur Zeit des Schadens ein größerer Bestand oder Werth vorhanden war, als im Versicherungsantrage und der Police angegeben ist, so liegt natürliche Selbstversicherung vor, bei welcher unterschieden werden muß, ob das gesammte Object zerstört ist, in welchem Falle der Schaden bis zur versicherten Höhe voll vergütet wird, während den Mehrschaden der Versicherte zu tragen hat, oder ob nur eine theilweise Vernichtung stattgefunden hat, in welchem Falle der Versicherer und der Versicherte diesen Schaden nach Verhältniß der von ihnen versicherten resp. selbstversicherten Antheile auf sich nehmen, indem mangels einer Unterscheidung angenommen werden muß, daß der versicherte und der selbstversicherte Theil des Objectes gleichmäßig vom Brande betroffen und gleichmäßig gerettet werden. Es können aber auch beide Arten von Selbstversicherung, nothwendige und natürliche, gleichzeitig vorliegen und gelangen dann beide neben einander zur Anwendung; es wird dies am besten aus einem Beispiel ersichtlich: Kaufmann A. versichert den Inhalt seines Waarenschuppens zu 10,000 Mark; da das Risiko seine bedenklichen Seiten hat, so bedingt die Gesellschaft, daß A.  $\frac{1}{4}$  des etwaigen Schadens in jedem Falle selbst tragen müsse, daß also nur für 7500 Mark versichert und auch nur für diesen Betrag die Prämie bezahlt wird. Der Schuppen wird später durch Brand zerstört und bei der Aufmachung des Schadens ergibt sich, daß der Schuppen für 12,000 Mark Waaren enthalten hat; es bilden also nun die ersten 7500 Mark die versicherte Summe, die folgenden 2500 Mark die nothwendige

Selbstversicherung und die weiteren 2000 Mark die natürliche Selbstversicherung. Ist nun das gesammte Lager zerstört, so erhält der Versicherte die ganzen versicherten 7500 Mark und hat die überschießenden 4500 Mark selbst zu tragen; wäre aber ein Theil, vielleicht für 3000 Mark gerettet worden, so wäre dieser Betrag gleichmäßig auf die versicherte Summe, 7500 Mark, und die Selbstversicherung, 4500 Mark zu vertheilen, es würden auf erstere davon  $\frac{5}{8}$  mit 1875 Mark entfallen und nach Abzug dieses Betrages von den 7500 Mark hätte der Versicherte 5625 Mark als Entschädigung zu erhalten. Bei Feststellung der Selbstversicherung kommen oft sehr complicirte Verhältnisse vor, da indessen hier nur die Grundzüge entwickelt werden sollen, so erscheint das vorangeführte Beispiel ausreichend.

Endlich hat der regulirende Vertreter noch im Einzelnen darauf zu merken, ob die angegebenen Objecte und Werthe den Verhältnissen des Versicherten entsprechen, also vorhanden gewesen sein können, und ob in der Schadenaufstellung auch nur der gemeine Werth zur Zeit des Brandes und nicht etwa der gemeine Werth zur Zeit der Versicherungsnahme oder gar für verbrauchte Sachen der Neuwerth liquidirt ist, was oft genug vorkommt; nachdem auch dieserhalb die etwa erforderlichen Absetzungen vorgenommen sind, bildet die dann noch verbleibende Summe der Schadenrechnung den Entschädigungsbetrag, und nachdem der Vertreter diese Summe vom Versicherten als richtig hat unterschriftlich anerkennen lassen, ist sein Auftrag beendet.

Zu merken ist hierbei noch, daß die Ermittlungen und Berechnungen über die Höhe des Schadens und der Entschädigung nicht auch die unbedingte Anerkennung der Zahlungspflicht seitens der Gesellschaft in sich schließen; diese Ermittlungen erfolgen in der Regel sofort nach dem Schaden, wenn die Sache sich noch nicht soweit geklärt hat, daß eine



bindende Anerkennung der Zahlungspflicht abgegeben werden könnte; auch wird der Vertreter in der Regel die bindende Erklärung nicht abgeben können, weil fast immer die Gesellschaften sich die Genehmigung zu den von ihm getroffenen Abmachungen vorbehalten. So lange also von der Gesellschaft selbst — der Agent ist dazu niemals befugt — nicht ebenfalls die Zahlungspflicht ausdrücklich anerkannt ist, so lange hat die Berechnung der Entschädigung nur die Bedeutung, daß der ermittelte Betrag — weder mehr noch weniger — dem Versicherten dann zukommen solle, wenn sich bis zur Beseitigung aller der Zahlung noch entgegenstehenden Hindernisse nicht etwa Gründe ergeben, welche die Gesellschaft von der Ersatzpflicht befreien. Die Ermittlung der Höhe der Entschädigung erfolgt fast immer vorweg und unabhängig von der Frage der Zahlungspflicht, was namentlich dann berücksichtigt werden muß, wenn über die Beseitigung von Zahlungshindernissen oder über die behördlichen Ermittlungen eine längere Zeit verstreicht, indem fast alle Versicherer zur Bedingung machen, daß jeglicher Ersatzanspruch erlösche, der nicht binnen einer gewissen Frist, zumeist 3 oder 6 Monate, nach dem Schadenfalle entweder von der Gesellschaft durch schriftliches Auerkenntniß des Betrages und der Zahlungspflicht festgestellt oder binnen gleicher Frist vor den zuständigen Richter gebracht sei; das Recht der Gesellschaften, die Innehaltung dieser Klagefrist zu fordern und bei deren schuldbarer Versäumniß von Seiten des Versicherten jeglichen Ersatz abzulehnen, steht nach den ergangenen Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe zweifellos fest und muß demnach der Versicherte, wenn sich aus irgend einem Grunde die Sache bis zum Ende jener Frist verschleppt, noch vor deren Ablauf entweder eine unbedingte, und zwar schriftliche Anerkennung seiner Forderung zu erlangen suchen, oder rechtzeitig die Klage auf Anerkennung des Betrages oder der Zahlungspflicht

oder auf beides anzustrengen. Endlich ist darauf zu achten, daß die Klage bei der richtigen Stelle anhängig gemacht wird, da auch hierüber im Versicherungsvertrage schon Bestimmung getroffen zu sein pflegt.

Gerichtliche Streitigkeiten in Feuerversicherungssachen ziehen sich gewöhnlich Jahre hindurch in die Länge, auch wenn Niemandem die Absicht der Verschleppung innewohnt; es kommt dies daher, daß weder Richter noch Anwälte noch Parteien ein klares und vollständiges Versicherungs-Recht als Leitfaden benutzen können, vielmehr überall theils auf die wegen der Seltenheit des Stoffes wenig ausgebildete persönliche Meinung, theils auf die maachgebenden Vorentscheidungen höchster Instanz\*) angewiesen sind, welche letzteren nicht immer leicht zugänglich und namentlich in der Anwendung auf andere Fälle auch zeitraubend sind. Daneben verschlingen derartige Prozesse, zumal unter den heutigen Sportelverhältnissen, enorme Kosten und kann daher, sofern noch Aussicht auf gütliche Beilegung des Streites vorhanden ist, von gerichtlichen Schritten nur abgerathen werden, indem ein magerer Vergleich in der Regel für alle Theile besser ist, als ein fetter Prozeß, und die Versicherungs-Prozesse gehören fast immer zu den fetten. Hat ein Versicherter Rath und Hülfe nöthig, so thut er stets am besten, sich sogleich der Beihülfe eines tüchtigen Rechts-Anwaltes zu bedienen, indem Winkelconsulenten und fremde Agenten — die am häufigsten zugezogenen Rathgeber — nicht nur nichts davon verstehen, sondern auch aus derartigen Streitfällen oftmals im Interesse des eigenen Beutels oder zu Concurrencyzwecken Kapital zu schlagen wissen, womit dem

---

\*) Eine übersichtliche und zuverlässige Sammlung der maachgebenden „Entscheidungen des Reichs-Ober-Handels-Gerichts im Versicherungswesen“, die vollständigste ihrer Art, ist in Buchform bei H. Hinzgen in Oldenburg erschienen und noch erhältlich.

Versicherten schlecht gedient ist, weil der Streit dadurch nur verschärft und noch mehr in die Länge gezogen wird.

## XI. Ueber Coulanz.

Coulanz, dieses leidige Fremdwort, scheint sich im deutschen Versicherungswesen für alle Zeiten festgesetzt zu haben und jeder dagegen unternommene Kriegszug im Voraus erfolglos; es kann sich hier deshalb nur darum handeln, das wahre Wesen dieser gepriesenen Coulanz sachgemäß zu beleuchten. Verdächtig ist von vorneherein der Umstand, daß unsere wegen der Reichhaltigkeit und Schärfe ihrer Gedanken viel gerühmte Muttersprache kein einziges Wort enthält, welches die Coulanz genau wiedergiebt, und auch keine Mehrheit deutscher Begriffsworte sie derart bestimmt auszudrücken vermag, daß alle Deutschen übereinstimmend darin genau dasjenige erkennen, was sie bei jenem französischen Ausdruck sich gedacht haben. In unserem Sprachschätze dürften etwa Großmuth, Freigebigkeit, Freundlichkeit und Gewissenhaftigkeit in ihrem Durchschnitt dasjenige wiedergeben, was am häufigsten unter Coulanz verstanden wird; daneben steht es Jedem frei, ob und wieviel er sich an Wohlthätigkeit, Verschwendung, Ehrbarkeit, Gemeinnützigkeit, Geschäftseifer, Aufschneiderei und Windbeutelei hinzudenken mag; man sieht also, daß Coulanz ein Ausdruck ist, bei welchem man sich ohne Verdrehung des Wortsinnes nach Belieben viel, wenig oder gar nichts denken kann, daß also der Mangel eines entsprechenden deutschen Wortes nicht auf der Armuth unserer Muttersprache beruht, sondern im Gegentheil auf ihrer Tiefe und Gründlichkeit; wir Deutsche sollten derart oberflächliche und gehaltlose Ausdrücke gern unseren leichtlebigen Nachbarn überlassen, anstatt durch Einführung solcher Spreu unserer in Rücksicht auf Klarheit weit besseren Sprache ein Armuthszeugniß zu geben.



Unter Coulanz kann man sich jedes große oder geringe Maaß einer Handlungsweise denken, welche im geschäftlichen Verkehr das Gepräge des Wohlwollens und Entgegenkommens zeigt; nach keiner Richtung besteht eine Grenze, wo sie anfängt oder aufhört und kommt es deshalb ganz und gar auf die persönliche Auffassung an, wie weit gehend man sich im einzelnen Falle die Coulanz denkt. Wenn z. B. eine Gesellschaft die Entschädigung einen Tag früher zahlt, als sie verpflichtet ist, so handelt sie ohne Zweifel coulant; ob aber der betreffende Versicherte schon hierdurch allein seine auf Grund versprochener Coulanz gehegten Erwartungen sonderlich befriedigt finden sollte, möchte doch wohl zu bezweifeln sein; die Ansichten über Coulanz können also wesentlich auseinandergehen, ohne daß einer von beiden Theilen im Unrecht wäre. Es hat deshalb keinen Sinn, wenn auf der einen Seite durch Spielerei mit einem leeren Wort die Erwartungen der Versicherten in's Maaßlose gesteigert, andererseits durch die auf Coulanz schlechthin gerichtete Forderung Selbsttäuschungen geschaffen werden. Von der Mißgunst, welche seit einigen Jahrzehnten bei Behörden und im Publikum gegen die Feuerversicherungs-Gesellschaften offenkundig zu Tage tritt, dürfte ein nicht geringer Theil darauf zurückzuführen sein, daß die von der einen Seite in Aussicht gestellte Coulanz nur selten mit der auf der anderen Seite erwarteten sich deckte, was häufig Unzufriedenheit zur Folge haben mußte. Je weniger man demnach von besonderer Coulanz des Aufhebens macht, um so mehr wird eine nicht unwesentliche Quelle des Mißvergnügens wieder versiegen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier noch ausdrücklich bemerkt, daß diese Worte sich nicht gegen die Sache selbst, also nicht dagegen richten, wenn eine Gesellschaft sich als großmüthig, entgegenkommend u. s. w. zeigt oder sich damit einzuführen sucht, sondern nur gegen

den Unfug, welchen die Anwendung des hirnlosen Fremdwortes anrichtet, während beim Gebrauch unserer deutschen Bezeichnungen der Begriff klargestellt, die Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassung gesichert und dadurch jedem Irrthum mit nachfolgenden Mißhelligkeiten vorgebeugt würde.

Am meisten wird der Ausdruck *Coulanz* von den Organen der Versicherer, namentlich Agenten, im Munde geführt und vorzugsweise zu Concurrerzzwecken verwendet; die wenigsten Agenten werden aber jemals über die Tragweite des Ausdruckes recht nachgedacht oder sich vergegenwärtigt haben, was alles der Versicherte unter *Coulanz* verstehen kann und was er also im eintretenden Falle daraufhin verlangen werde. Mit Billigkeit der Prämie, günstigen Versicherungsbedingungen und schneller Auszahlung der etwaigen Entschädigung sind die Versicherten selten ganz zufriedenzustellen, und doch sind gewöhnlich dies allein die Punkte, welche der Fachmann unter *Coulanz* zu verstehen pflegt; vielmehr glaubt der Versicherte oft noch ferner eine über die vertragsgemäße Höhe hinausgehende Entschädigung sowie die großmüthige Uebergehung aller von ihm etwa muthwillig und fahrlässig begangenen Fehler und Unrichtigkeiten erwarten zu dürfen, wozu die Gesellschaft sich indeß nur selten und in ganz besonderen Ausnahmefällen wird verstehen können; in diesem Irrthum des Versicherten liegt auch die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß letzterer sich von vorne herein durch die Erwartung weit reichender *Coulanz* zu einer minder großen Gewissenhaftigkeit bei Beezeichnung der feuergefährlichen Umstände verleiten läßt, um an der Prämie zu sparen, hierdurch aber, da es sich nicht selten um wichtige, vom Versicherten weit unterschätzte Umstände handelt, der Grund zu schädlichen und unerquicklichen Streitigkeiten gelegt wird.

In den Genuß der *Coulanz*, wie der Versicherte sich diese denkt, tritt derselbe erst bei Empfangnahme einer

etwaigen Brandentschädigung; ein rechtlicher, also erzwingbarer Anspruch auf Coulanz steht ihm in keinem Falle zu, weil die gegenseitigen Rechte schriftlich in der Police genau begrenzt sind, dort aber nirgends noch außerdem Coulanz versprochen wird; ferner auch wegen der Unbestimmtheit des Ausdrucks, welche dessen zwangsweise Anwendung auf einen besonderen Fall überhaupt nicht zuläßt. Ob eine Gesellschaft über ihre Vertragspflicht hinaus coulant sein will und wie weit sie dabei gehen mag, hängt demnach in jedem einzelnen Falle von ihrem Ermessen und guten Willen ab; sie kann vielleicht bei hundert Versicherten ausnehmend coulant gewesen sein und hat es doch bei dem folgenden, der sich vielleicht ganz und gar darauf verlassen hatte, nicht nöthig. Der Versicherte soll also niemals im Voraus lediglich auf die Coulanz bauen, vielmehr danach streben, daß alle von ihm gewünschten Rechte in die Police aufgenommen werden; er soll andererseits bei Stellung seines Antrages gründlich und gewissenhaft verfahren, auch die ihm obliegenden Pflichten getreulich erfüllen und er darf dann die Beruhigung hegen, daß er einen verhältnismäßigen Anspruch hat, welcher weit genug reicht, um die Coulanz, falls sie nicht in seinem Sinne gewährt wird, entbehren zu können.

Wiederum soll hiermit nicht etwa gesagt sein, daß die Gesellschaften und ihre Vertreter die Versicherten durch leere Versprechungen zu täuschen suchen; im Gegentheil, die meisten Versicherungs-Gesellschaften sind im Allgemeinen sogar sehr entgegenkommend, und hierzu werden sie schon im eigenen Interesse durch die scharfe Concurrenz gezwungen; aber das, was ein Versicherter unter Coulanz sich vorstellt, geht zuweilen so in's Endlose, daß eine Uebereinstimmung nicht herbeizuführen ist und schließlich können auch Umstände eintreten, welche es der Gesellschaft gutschneiden lassen, im Einzelfalle nicht über ihre vertrags-



mäßigen Pflichten hinauszugehen und es folgt aus alledem, daß weder der Gesellschaft, noch dem Versicherten damit gedient ist, wenn letzterer sich anstatt auf seinen Vertrag lediglich auf Coulanz verläßt.

## XII. Hypothekenrechte und Feuerversicherung.

Der Hypothekgläubiger steht trotz seines hohen Interesses an der Versicherung seiner Pfandobjecte außerhalb des Versicherungsvertrages; der Anspruch auf die Entschädigungssumme ist vielmehr ein rein persönliches Recht des Versicherten, soweit nicht durch vereinzelte Gesetzgebungen oder durch den Versicherungsvertrag selbst hieran etwas geändert wird. Die Versicherungsgesetzgebung der Deutschen Staaten hat auch bezüglich der Rechte der Hypothekgläubiger bei der Versicherung alle möglichen Stufen der Entwicklung aufzuweisen, indem ebenso der Mangel jeglicher Vorschrift, wie nicht minder der bis zur Bedrückung aller Betheiligten ausgeartete Zwang und dazwischen mehrfache Abstufungen der Fürsorge vertreten sind. Bei der größten Mehrheit dieser Gesetzgebungen läßt das Verhältniß der Hypothekgläubiger zur Versicherung an Unklarheit nicht viel zu wünschen übrig und würden deshalb die Interessen der Gläubiger oftmals gefährdet sein, wenn nicht glücklicher Weise die Versicherer sich dieser Interessen wohlwollend angenommen hätten, obgleich letztere strenge genommen nicht im Rahmen des eigentlichen Vertragsverhältnisses zum Versicherten liegen. Wohl zu merken ist hierbei, daß diese Wahrnehmung fremder Interessen Seitens der Versicherer nur in wenigen Staaten auf gesetzlicher Vorschrift beruht, daß sie vielmehr zumeist freiwillig gewährt und aus diesem Grunde vielfach verschieden gehandhabt wird, auch nicht überall gleich weit geht.

In einem großen Theile Deutschlands lassen die Gesetze den Hypothetgläubiger in der Gefahr, daß im Falle eines Brandes die Entschädigung ohne dessen Zuziehung an den Versicherten und Schuldner ausgezahlt wird, so daß es erst noch auf die Ehrlichkeit und den guten Willen des Letzteren ankommt, ob er durch Herausgabe der Entschädigungsgelder den Gläubiger befriedigen, bezw. durch Wiederherstellung der Gebäude die geschmälerte Sicherheit ergänzen, oder ob er ihm nicht am Ende das Nachsehen lassen wolle. In dieser Beziehung haben sich alle größeren Feuerversicherer dazu verstanden, in das Vertragsverhältniß zum Versicherten durch Statut oder Police im Voraus Maafnahmen einzufügen, durch welche diese Gefahr des Gläubigers gehoben oder doch wesentlich gemindert wird, sei es nun, daß sie — wie namentlich manche amtlichen Anstalten — schlechthin die Wiederherstellung der zerstörten Gebäude verlangen, oder die Zahlung von der Zustimmung des Gläubigers abhängig machen.

Dieser Theil des Versicherungsvertrages hat insofern einen eigenthümlichen rechtlichen Character, als durch freie Vereinbarung zweier vertragschließenden Theile einem außerhalb des Vertrages stehenden Dritten klagbare Rechte geschaffen werden, ohne daß scheinbar dieser selbst etwas zu leisten, zu erklären oder auch nur darum zu wissen braucht. Beide, der Versicherer und der Versicherte, gehen durch jene vertragsmäßigen Festsetzungen Verbindlichkeiten zu Gunsten des Gläubigers ein und es könnte befürchtet werden, daß im eintretenden Falle, besonders wenn der Gläubiger seine Rechte gegen beide zugleich geltend machen will, diese beiderseitigen Pflichten im Wege freier Vereinbarung wieder beseitigt werden. Diese Gefahr liegt indessen nicht vor, weil der Gläubiger nur scheinbar beim Vertrage unbetheiligt bleibt; in Wahrheit wird er dabei durch beide Vertragschließenden vertreten, welche, Jeder

gegen den Anderen, als seine unbeauftragten Geschäftsführer handeln und in seinem Namen die vom andern Theile für ihn gemachten Zugeständnisse acceptiren. In dieser Eigenschaft als Geschäftsführer des Gläubigers würden sie durch Beseitigung der dem Letzteren bereits erwachsenen Rechte gegen Treue und Glauben verstoßen, also eine Untreue begehen, was die Nichtigkeit der bezüglichen Abmachungen bewirkt, sobald der Gläubiger selbst die ihm ausgesetzten Rechte nachträglich acceptirt und der angestrebten Beseitigung widerspricht. Ganz sicher geht der Gläubiger, wenn er sogleich beim Abschluß des Versicherungsvertrages oder doch vor Eintritt eines Schadens seine Zustimmung zum Vertrage, d. h. die Annahme der für ihn vereinbarten Rechte, ausdrücklich erklärt, wodurch er hinsichtlich dieser Rechte als Mitcontrahent in das Vertragsverhältniß selbst eintritt und die eigentlichen Contrahenten ihrer Eigenschaft als seine Geschäftsführer entkleidet werden.

Sind nun zwar nach Vorstehendem die unter den Vertragsschließenden hinsichtlich der Hypothekenansprüche getroffenen Festsetzungen für sie bindend, so thut der Gläubiger doch immer gut, sich über den Inhalt der letzteren näher zu unterrichten, weil diese Festsetzungen nicht überall gleich sind und namentlich darin vielfach die Anmeldung der Hypothek vor einem Brande oder innerhalb bestimmter Frist nach demselben verlangt wird; der vorsichtige Gläubiger wird sich deshalb durch Einsicht der Versicherungsbedingungen überzeugen müssen, inwieweit auch seinem Interesse Rechnung getragen worden ist, und was ihm etwa sogleich oder später zu thun obliegt, um einen wirklichen Schutz zu genießen. —

Eine zweite Gefahr für den Gläubiger liegt darin, daß die Versicherung einmal ohne sein Vorwissen oder gegen seinen Willen ihr Ende nehmen kann, sei es durch Ablauf der Vertragsdauer oder durch vorzeitige Aufhebung.



Der Gründe, aus welchen eine Versicherungs-Anstalt zur Richtererneuerung oder Aufhebung eines Vertrages sich veranlaßt sehen kann, giebt es so viele und schwerwiegende, daß — abgesehen von den mit anderweiten Scheerereien des Publikums verknüpften amtlichen Zwangsanstalten — kein Versicherer sich im Interesse eines Dritten auf alle Zeiten an seine Verträge binden kann. Hier hat man aber den Ausweg gefunden, daß die Gesellschaft auf bezügliches Ansuchen sich verpflichtet, dem Gläubiger rechtzeitig Kenntniß zu geben, wenn die Versicherung durch Ablauf, Aufhebung oder unterlassene Prämienzahlung ihr Ende erreicht und daß die Versicherung zu Gunsten des Gläubigers noch einige Zeit fortbestehe, um inzwischen die anderweite Versicherung oder sonstige Maaßnahmen zu ermöglichen. Die Uebernahme dieser und ähnlicher Verpflichtungen erfolgt in der Regel außerhalb des eigentlichen Versicherungsvertrags durch einen sogenannten Garantieschein, dessen Besitz dem Gläubiger directe Vertragsrechte in die Hand giebt. Auch bei den Garantiescheinen herrscht in Bezug auf die Tragweite der Zugeständnisse eine bunte Mannigfaltigkeit, so daß es in jedem einzelnen Falle auf den Inhalt ankommt.

Der Garantieschein ändert an dem eigentlichen Vertrage nichts, sondern bildet nur eine Ergänzung desselben innerhalb der bisherigen Grenzen, weshalb auch dem Gläubiger gegenüber der gesammte Inhalt des Vertrages zu Recht besteht, namentlich in Bezug auf die Höhe der Entschädigung und die Art und Weise der Feststellung. Die Bezeichnung Hypotheken-Garantie-Schein ist zwar nicht gerade falsch, aber doch so mehrdeutig und dehnbar, daß nicht selten der Inhaber eines solchen auf größere Rechte Anspruch zu haben vermeint, als die Gesellschaft ihm hat gewähren wollen; namentlich auf solche Rechte, welche nur in der Hypothekenversicherung, einer ganz abweichenden und selbstständigen Branche, erworben werden

THE UNIVERSITY OF CHICAGO  
LIBRARY  
100 EAST 57TH STREET  
NEW YORK 22, N. Y.

# Anhang

betreffend

Feuerwehren und Brandstiftungen

in ihrer Beziehung zur Asscuranz.





Nachdruck, auch im Auszuge, ist nur mit specieller  
Genehmigung des Autors gestattet.

## a, Die Feuerwehr

hat die Aufgabe, die in ihrem Wirkungskreise etwa ausbrechenden Brände nach Möglichkeit auf einen geringen Umfang zu beschränken, sowie bedrohte Menschenleben aus der Gefahr zu retten. Man unterscheidet nach der inneren Organisation Gemeinde-, Berufs- und freiwillige Feuerwehren; die erstere ist die älteste, sie beruht auf Zwang, dem alle gesunden Männer des Gemeindebezirks unterworfen sind; ihr Vorzug besteht in der Menge und Billigkeit der ihr zu Gebote stehenden Menschenkräfte, ihre Fehler darin, daß der Zwang lähmend auf den Eifer und die Subordination wirkt, daß die Mannschaften nur selten hinreichende Ausbildung erhalten haben, daß sie in der Regel unvorbereitet sind und deshalb gewöhnlich erst allzuspät auf der Brandstätte erscheinen. Die Berufs-Feuerwehr besteht aus Leuten, welche militairisch organisiert, in der Löschhülfe und im Rettungsweisen geschult und speciell hierzu berufsmäßig angestellt sind. Die Vorzüge dieser Wehr bestehen darin, daß sie in möglichst kürzester Zeit an der Brandstelle erscheinen kann, daß bedingungsloser Gehorjam und stete Schulung die Wirksamkeit ihres Eingreifens erhöhen und daß ihr die Mannschaften nicht durch bürgerliche Geschäfte entzogen werden. Sie kommt dem Ideal einer guten Lösch- und Rettungshülfe am nächsten, aber ihre Einrichtung und Unterhaltung ist leider so kostspielig, daß ihr Nutzen nur in größeren Städten, wo innerhalb geringer Entfernung hohe Werthe zu schützen

sind und Brände oft vorkommen, zu den Kosten in einigem Verhältniß steht. Ein Mittelding endlich zwischen Gemeinde- und Berufs-Feuerwehr sind die freiwilligen Feuerwehren, gleichviel, ob sie aus der Gemeinde, aus einem Verein, Gewerk oder woraus sonst hervorgegangen sind; sie stehen in Bezug auf die Leistungen der Berufs-Feuerwehr weit nach und sind je nach ihrer Organisation und dem Grade ihres freiwilligen Eifers oftmals besser, mitunter aber auch schlechter, als im Durchschnitt die Gemeinde-Feuerwehren.

Um den verschiedenen Zwecken der Feuerlösch- und Rettungshülfe genügen zu können, muß die Feuerwehr mit mancherlei Geräthschaften ausgestattet sein, sie muß namentlich Spritzen nebst Zubehör, Stricke, Leitern und mancherlei kleinere Stücke zur Verfügung haben; Helme, Wasserröcke, Blousen, Gurte und ähnliche Stücke sind für die vordersten Mannschaften unbedingt nöthig, für die übrigen wünschenswerth; genug die Einrichtung einer Feuerwehr selbst in kleinem Maasstabe, kostet viel Geld auch dann, wenn die nöthigen Menschenkräfte durch Zwang oder Freiwilligkeit kostenlos zusammengebracht werden. So lange die gesammte Lösch- und Rettungshülfe auf Zwang und Gegenseitigkeit beruhte, so lange es also nur Gemeinde-Feuerwehren gab, sind die nöthigen Ausrüstungsstücke stets auf Gemeindekosten beschafft worden und Niemandem fiel es ein, die Pflicht des Gemeindefiscus zur Stellung und Unterhaltung dieser Geräthe in Zweifel zu ziehen; seitdem aber inzwischen mehr und mehr in großen Orten Berufs- und in kleineren freiwillige Wehren in's Leben treten, welche nur mittelbar aus dem Gemeindewesen hervorgehen, versuchen viele Gemeinden, sich dieser ihrer Pflicht durch die Behauptung zu entziehen, daß die Thätigkeit der Feuerwehr doch nur den Feuerversicherungs-Gesellschaften zu Gute komme und deshalb auch den letzteren die pecuniäre Ausstattung obliegen



müsse. Diese ebenso oberflächliche als dreiste Behauptung findet vielfach bei höheren Instanzen warmen Schutz und im Publikum nicht minderen Beifall, aber ganz mit Unrecht und nur aus Unkenntniß der obwaltenden Verhältnisse.

Zunächst steht es fest, daß die Berufs- und freiwilligen Feuerwehren, wo solche bestehen, an die Stelle der früheren Zwangs-Wehr getreten sind und die letztere ganz oder theilweise ersetzen, daß also insoweit die Gemeinde von Stellung und Unterhaltung bezw. Vergrößerung der Zwangswehr befreit worden ist; und da ferner der Zweck und Wirkungskreis dieser neuen Arten der Feuerwehr genau der gleiche ist, auch ihr Abhängigkeits-Verhältniß von der Gemeinde und deren Oberleitung nicht verschoben wird, so ist nicht einzusehen, inwiefern durch die fast immer von der Gemeinde veranlaßte, mindestens von ihr genehmigte Veränderung der inneren Organisation irgend etwas an der Unterhaltungspflicht geändert werden sollte; ziehen die Glieder irgend eines großen oder kleinen Gemeindeverbandes es vor, die bisher von ihnen selbst pflichtweise verrichteten Dienste künftig von anderen Personen ausführen zu lassen, so haben sie natürlich dafür zu sorgen, daß stets eine Löschhülfe vorhanden ist und bleibt, welche dem Zwecke mindestens so gut entspricht, als ihre — der Gemeindeglieder — bisherige persönliche Mitwirkung es konnte; mit anderen Worten, die Gemeindeglieder, deren Gesamtheit mit dem Gemeindefiscus identisch ist, haben die Kosten sowohl der Aenderung als der ferneren Unterhaltung der Berufs- oder freiwilligen Feuerwehr zu tragen.

Wie schon erwähnt, besteht der Zweck der Feuerwehr auch in der Rettung gefährdeter Menschen, also in dem Schutze des Lebens und der Gesundheit und dieser Zweck ist nicht etwa nur zufällig und nebensächlich mit dem Schutze des Eigenthums vereinigt, sondern wo Menschen-

leben gefährdet sind, wird es allemal zunächst auf deren Rettung und erst dann auf die Sicherung des Eigenthums ankommen. Auch bei diesem ersten und wichtigsten Zwecke ist es die Gesammtheit der Gemeinde-Mitglieder, welcher das Bestehen und die Thätigkeit der Feuerwehr zu Gute kommt, denn die Möglichkeit, bei einem Brande in Lebensgefahr zu gerathen, liegt für Jeden vor. Dieser den Gemeindegenossen persönlich zugute kommende Menschen-schutz aber hat mit der gesammten Feuerversicherung, die überall nur Vermögensobjecte betrifft, nicht das Mindeste gemein, und nicht einmal die Lebens- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaften mit ihrer großen Zahl von auf den Todes- oder Beschädigungsfall versicherten Personen haben an diesem Menschenchutz ein so wesentliches Interesse, wie die Gemeindemitglieder selbst, indem es sich für letztere um das unersetzbare Leben, für die Lebens- und Unfall-Versicherer aber im schlimmsten Falle auch nur um einen Geldverlust handelt. An die Lebens- und Unfall-Versicherer hat man den Anspruch auf Unterhaltung der Feuerwehren noch niemals zu richten gewagt, vermuthlich weil man mit Recht fürchtete, sich lächerlich zu machen, und doch hätte dieser Anspruch eben so viel für sich, als der gleiche Anspruch gegen die Feuerversicherer.

Die Gemeinde hat ferner umdeswillen an der Feuerwehr das wesentlichste Interesse, weil jeder Brand mehr oder weniger auch solche Verluste in sich schließt, die nie und nirgends durch Versicherung gedeckt werden können, wobei nur an baares Geld, Urkunden, Miethsverluste, an den Stillstand industrieller Unternehmungen mit nachfolgender Arbeitslosigkeit erinnert werden braucht; ferner weil stets eine mehr oder weniger große Zahl von Leuten unver-sichert ist, welche im Falle des Verlustes ihrer Habe der Armen-kasse, also wiederum der Gemeinde zur Last fallen würden.

Während also eine ganze Reihe triftiger Gründe dafür spricht, daß das Löschwesen von der Gemeinde und auf

ihre Kosten herzustellen ist, läßt sich das directe Gegentheil hinsichtlich der Feuerversicherer nachweisen.

Bei allen auf Gewinn oder Ueberschuß arbeitenden Versicherungs-Gesellschaften wird der Beitrag des Versicherten, d. i. die Prämie, in jedem einzelnen Falle nach Maaßgabe der Brandwahrscheinlichkeit und der Höhe der erwartungsmäßigen Schäden bemessen und hierbei wird den Lösch- und Rettungs-Einrichtungen die denkbar weiteste Berücksichtigung zu Theil; wo die letzteren ausnahmsweise gut sind, da werden auch die Prämienätze ausnahmsweise billig gestellt, und wo dieselben außergewöhnlich schlecht sind oder ganz fehlen, da wird die Prämie höher als auf den sonst im Durchschnitt üblichen Satz bedungen; es ist also unschwer einzusehen, daß die Gesellschaften bei mangelnder Feuerwehr, höheren Prämien und höheren Schäden genau dieselben Gewinnaussichten haben, als bei guter Feuerwehr, geringerer Prämie und geringeren Schäden; daß also der ganze Unterschied darauf hinausläuft, ob sich beim Rechnungs-Abschluß der Gesellschaft in der Einnahme und der Ausgabe große oder kleine Zahlen gegenüberstehen, was rücksichtlich des Gewinnes gleichgültig ist.

Durch die Thätigkeit der Feuerwehren würden die Gesellschaften nur dann zu einem Gewinn gelangen können, wenn die Prämienätze nach Einrichtung der Feuerwehr auf der gleichen Höhe blieben, welche sie vor dieser Einrichtung hatten, was aber erfahrungsmäßig nirgends der Fall ist; schon durch den Druck der Concurrenz ist jede Gesellschaft, die ihr bisheriges Feld behaupten oder neues dazu gewinnen will, zur weitesten Ermäßigung der Prämienätze gezwungen, mag sie nun Feuerwehrbeiträge entrichtet haben oder nicht. Kein Versicherter wird bei einer Gesellschaft, welche der Feuerwehr auf die Beine geholfen hat, aus Dankbarkeit mehr Prämie bezahlen wollen, als er bei einer anderen Gesellschaft, welche diese theure Wehr schon fertig vorfindet, zu zahlen haben würde, wodurch



die erstere Gesellschaft gezwungen wird, ihre Forderung ebenso billig zu stellen als die andere, trotz gezahlter Beiträge. Hieraus ergibt sich, daß der Vortheil, welchen die Neugestaltung oder Verbesserung einer Feuerwehr unbestreitbar im Gefolge hat, nicht, wie vielfach irrthümlich angenommen wird, den Feuer-Versicherungs-Gesellschaften zufließt, sondern daß dieser Vortheil, soweit er sich auf feuerversicherte Objecte bezieht, in der Form von Prämien-Ermäßigungen den Versicherten zu Gute kommt, insoweit er sich aber nicht auf solche Objecte bezieht, ohnehin neben den Feuer-Versicherern vorbeischießt; es ergibt sich ferner, daß die Fortbildung des Lösch- und Rettungswesens, so wünschenswerth dieselbe auch im allgemeinen Interesse ist, dem speciellen Interesse der Feuer-Versicherer wenig oder gar nichts nützt und daß es demnach unbillig ist, von den Gesellschaften unter Berufung auf die ihnen durch die Feuerwehr nur scheinbar erwachsende Ersparniß die Kosten für deren Einrichtung, Verbesserung oder Unterhaltung zu fordern.

Auch vom Standpunkte der Versicherten läßt sich nachweisen, daß jenes Verlangen ein unberechtigtes ist. Es bedarf keines großen Scharfsinnes um einzusehen, daß die Versicherungsanstalten — amtliche und private, auf Aktien und Gegenseitigkeit — wenn sie bestehen wollen, alle ihre Ausgaben vorher von den Versicherten empfangen müssen, mit anderen Worten, daß die Anstalten von ihren Versicherten desto höhere Geldleistungen fordern müssen, je höhere Ausgaben ihnen zugemuthet werden und daß sie umgekehrt zur Ermäßigung der Prämien oder Beiträge ohne Schaden da im Stande sind, wo ihnen bei sonst gleichen Gefahrumständen die wenigsten Kosten erwachsen. Es werden demnach die von der Anstalt etwa zu leistenden Feuerwehrbeiträge allemal von den Versicherten bezahlt, gleichgültig, ob sie freiwillig zugewendet oder in Form fester Abgaben eingefordert

werden, und hieran wird auch nichts geändert, wenn, wie dies sonderbarer und unbegreiflicher Weise in einigen kleinen mitteldeutschen Staaten geschieht, den Gesellschaften die Wiedereinziehung vom Versicherten gesetzlich verboten wird, denn die Prämie muß in jedem einzelnen Falle vereinbart werden und sie kann nicht nur, sondern sie muß sogar derartige allgemeine Ausgaben mit umschließen. Steht hiernach fest, daß die von den Gesellschaften zu entrichtenden Feuerwehr-Beiträge schließlich doch von Niemand anders als den Versicherten zu tragen sind, so dreht sich die Frage auf einmal dahin, weshalb denn die Versicherten mehr als die Unversicherten verpflichtet sind, für Lösch- und Rettungshülfe zu sorgen. In der That liegt hierin die schreiendste Ungerechtigkeit, weil das größte Interesse am Vorhandensein guter Lösch-einrichtungen nicht die Versicherten haben, sondern die Unversicherten, welche im Vertrauen auf gute Löschhülfe die Versicherungsprämie in der eigenen Tasche behalten und welchen deshalb im Falle des Brandes die nützliche Thätigkeit der Feuerwehr mehr als den Versicherten zum Vortheil gereicht. Die Versicherten haben also nicht die geringste Veranlassung, darüber zu jubeln, wenn die Kosten der Feuer-Lösch- und Rettungshülfe statt von der Gemeinde ganz oder theilweise von den Feuerverversicherungs-Anstalten getragen werden, indem zur Gemeindefasse Alle, mithin auch die Unversicherten ihr Theil beisteuern, bei den Versicherungsanstalten aber die Versicherten allein.

Sogar vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus verbietet sich diese Beitragspflicht der Versicherungsanstalten, richtiger gesagt der Versicherten, weil dem großen Gemeinwesen an der möglichsten Ausbreitung der Versicherungsidee durch alle Schichten des Volkes gelegen sein muß, weil aber durch solche einseitige Beitragspflicht der Versicherten die Versicherung schlechthin vertheuert wird,

und zwar vertheuert zu Gunsten der Nachlässigkeit, Sorglosigkeit und der übel angebrachten Sparsamkeit, dieser schlimmsten Feinde des Wohlstandes.

Dafür, daß die privaten Versicherungsgesellschaften in ihrer Eigenschaft als Staats- und Gemeinde-Angehörige zu den gemeinnützigen Zwecken, insbesondere dem Lösch- und Rettungswesen, beitragen, sorgen mehr als hinreichend die Steuer- und Abschätzungsbehörden; was aber den etwaigen Nutzen oder Vortheil anbetrifft, so stehen die Versicherungsgesellschaften zu den Feuerwehren in keinem anderen Verhältniß, als jeder Privatmann und jedes andere amtliche oder private Geld-Institut. Wie ein vor Schaden bewahrter Privatmann wohl seiner Freude und Anerkennung Ausdruck giebt, indem er den opfermuthigen Feuerwehrleuten ein Geschenk zuwendet, so wird es auch den Versicherungs-Anstalten (indirect ihren Versicherten) nur wohl anstehen, wenn sie im nachgewiesenen Falle eines für sie nützlichen Eingreifens sich zu einer angemessenen Spende verstehen; immerhin aber wird dies, wie bei jedem Privatmann eine rein freiwillige Leistung bleiben müssen, die mit der Frage der Unterhaltungspflicht gar nichts gemein hat, und an solchen freiwilligen Anerkennungen hat es namentlich die private Affecuranz niemals fehlen lassen, wenn auch darüber nicht immer zu Reclamezwecken besondere Statistik geführt wird.

### **b, Ueber Brandstiftungen.**

Die Verhinderung von Brandstiftungen ist seit alten Zeiten auf so mannichfache Weise angestrebt worden, daß es schwerlich noch ein halbwegs zweckdienliches Mittel geben wird, welches nicht schon in irgend einer Form versucht worden wäre. Todes- und körperliche Strafen, Entziehung der Freiheit und der Nahrung, Zwangsarbeit, Verbannung, Verlust der Ehre, Einziehung des Vermögens, Volks- und Lynchjustiz, Verordnung gegenseitiger Hülfe,



geordnetes Löschwesen, Verbesserung der Bauart, polizeiliche Controle der Bauten, polizeiliche Ueberwachung der allgemeinen Sicherheit, obrigkeitliche Beschränkung des Versicherungsbetriebes und des Agenturgewerbes, peinliche Controle über jede einzelne Versicherung; dies alles und noch manches andere dazu ist im Laufe der Zeiten versucht worden, man ist von einem zum andern übergegangen, indem man an Stelle des Guten das Bessere zu setzen meinte, und obgleich auch heute noch die Brandstiftung als eins der schwersten Verbrechen geahndet wird, haben doch die letzten Jahre eine Zahl von Brandschäden gezeigt, deren außerordentliche Höhe nur auf eine rapide Vermehrung der Brandstiftungen zurückgeführt werden kann; alle genannten Kraftmittel haben sich also, wenn auch nicht gerade als wirkungslos, so doch als unzureichend ergeben.

Die Brandstiftungen stehen in directer Beziehung zum Lebensnerv der Feuerversicherung und außerdem ist vor nicht langer Zeit in agitatorischer Weise die Behauptung aufgestellt worden, daß durch die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften den Brandstiftungen Vorschub geleistet werde: Grund genug, um auch diesen Punkt einer klärenden Erörterung zu unterziehen.

Manche Leute verurtheilen das Versichern überhaupt; sie selbst bleiben unversichert, und wenn etwa ihr Nachbar vorsichtiger ist und sein Eigenthum zur Versicherung bringt, so erblicken sie darin schon eine Gefahr für sich selbst, indem sie im Voraus entweder ihm den Vorsatz einer Brandstiftung unterschieben oder annehmen, daß er in Folge der Versicherung zum fahrlässigen Brandstifter werde; nach solcher Leute Meinung wirken also die Versicherungsanstalten durchweg nur gemeinschädlich, indem sie ihre Versicherten zur vorsätzlichen oder fahrlässigen Brandstiftung verführen und andere Leute dadurch gefährden. Glücklicher Weise ist dafür gesorgt, daß Pflanzen

dieser Art nicht in den Himmel wachsen; soweit aber der Vorwurf ein Körnchen Wahrheit enthält, trifft er in gleichem Maaße die amtlichen Societäten, welche sich im Interesse des Gemeinwohles für unentbehrlich halten und von denen die vorerwähnte agitatorische Beschuldigung ausgeht.

Nicht ganz soweit, als die vorerwähnten Leute gehen diejenigen, welche die Vermehrung der Brandstiftungen und die Schädlichkeit der Versicherungsgesellschaften aus dem Umstand herleiten wollen, daß sich unter einer größeren Zahl versicherter Personen auch immer einige befinden, die von vorne herein die Versicherung zu dem Zwecke geschlossen haben, um vermittelst der Brandstiftung sich einen Vortheil oder auch nur baares Geld zu verschaffen, oder welche während der Dauer der Versicherung durch mißliche Verhältnisse zur Brandstiftung gedrängt werden. Daß Uebelstände dieser Art vorliegen, wissen die privaten Versicherer jedenfalls besser als sonst Jemand, aber daraus folgt noch lange nicht, daß sie das Uebel verschuldet und dafür die Ruthe verdient haben; die Sache verhält sich vielmehr so, daß sie leider außer Stande sind, mit eigener Macht diese Uebel, die auch ihnen wie ein Pfahl im Fleische sitzen, zu beseitigen und daß sie andererseits auf eine thatkräftige Unterstützung von berufener Seite nur selten rechnen dürfen.

So lange die Gesellschaften mit ihrem Geldbeutel für die Verbrechen der Brandstifter eintreten müssen, kann von einer wissentlichen Begünstigung der letzteren nicht entfernt die Rede sein; jeder weitergehende Vorwurf einer fahrlässigen Begünstigung aber könnte auf billige Art mit dem Hinweise auf die wahrhaft großartigen Veranstaltungen abgeschnitten werden, durch welche in manchen deutschen Staaten den Uebersicherungen und den gewinnsüchtigen Brandstiftungen vorgebeugt werden soll — wenn es überhaupt zugestanden werden könnte, daß letztere Maß-

regeln einen dem Aufwande, der Belästigung und Schädigung entsprechenden Erfolg haben, denn bekanntlich sind die vielen Brände gerade da am meisten hervorgetreten, wo das System der obrigkeitlichen Bevormundung am weitesten ausgebildet ist. Wer die Versicherungs-Gesellschaften für so verblendet hält, daß sie nicht schon im eigenen Interesse die Uebersicherungen und ähnliche Anzeichen unlauterer Absicht als ihre Feinde erkennen sollten, daß sie vielmehr für einen winzigen Mehrbetrag an Prämie die Wahrscheinlichkeit einer auf ihre Rechnung gehenden Brandstiftung da in den Kauf nehmen sollten, wo sie es vermeiden könnten, der kennt den auf gute Endergebnisse gerichteten practischen Geschäftssinn der privaten Versicherungs-Gesellschaften sehr schlecht; wo aber keine kleinste Versicherung mit ihren Nebenumständen der speciellen Aufsicht der sicher gut unterrichteten Ortsbehörden entgeht, wo trotzdem die Brandstiftungen sich vermehren und somit die ganze Kraft und Autorität der Obrigkeit zu deren Verhinderung nicht ausreicht, da ist in dieser Richtung die Macht einer Privatgesellschaft ohne Frage schon lange vorher zu Ende.

Wer überhaupt die Zahl der Brände und Brandstiftungen in irgend welche Beziehung zum Versicherungswesen bringen will, muß vorweg berücksichtigen, wie viele rachsüchtige Brandstiftungen wohl jährlich aus dem Grunde unterbleiben, weil der Attentäter weiß, daß sein Gegner versichert ist, daß er ihm also mit der Brandstiftung in jedem Falle nur geringen Schaden, vielleicht aber umgekehrt einen Gefallen damit thun könnte; ferner auch, wie vielen fahrlässigen und zufälligen Bränden wohl dadurch vorgebeugt wird, daß die Versicherer, und zwar fast allein die Privatgesellschaften, seit langer Zeit durch die große Verschiedenheit der Prämiensätze je nach dem Grade der Gefahr, durch Ermäßigung der Prämiensätze nach jeder Verbesserung und durch



vertragsmäßige Anordnung von Vorsichts- und Sicherheitsmaßregeln fort und fort auf Beseitigung der sachlichen Brandursachen, auf widerstandsfähigere Bauart und auf stete Vermehrung und Verbesserung der Schutzmittel hinwirken.

Es fehlt aber auch noch an jedem Beweise dafür, daß überhaupt die in den letzten Jahren stattgehabten Mehrbrände sämmtlich oder theilweise in irgend einer Beziehung zum Versicherungswesen stehen, ob dieselben nicht vielmehr auf Böswilligkeit und Fahrlässigkeit dritter Personen zurückzuführen sind, da doch bekanntlich durch den gewerblichen Rückgang der letzten Jahre das Landstreicherthum sich wesentlich vermehrt hat; gerade daraus, daß weder die scharfe obrigkeitliche Controle der Versicherungen, noch die Wachsamkeit der Gesellschaften, noch beides zusammen hingereicht hat, um der weiteren Zunahme der Brandstiftungen vorzubeugen, läßt sich mit Sicherheit erkennen, daß diese Zunahme mit der Affecuranz gar nichts zu thun hat, daß diese Zunahme nur in Brandstiftungen von dritter Hand besteht, gegen welche die allein auf Versicherungen Bezug habenden Maßnahmen allerdings erfolglos bleiben müssen. Liegt aber die Wurzel des Uebels außer dem Bereich der Affecuranz, so kann auch ebenfalls nur außerhalb derselben jener Theil des Mechanismus liegen, welcher seine Aufgabe, die Brandstiftungen zu verhüten, nicht erfüllt und bei eingehender und vorurtheilsfreier Untersuchung ist der Fehler auch unschwer zu entdecken.

Ein altes volksthümliches Sprüchwort besagt: „Die Furcht hütet den Apfelbaum“ und trifft damit den Nagel genau auf den Kopf. Nicht das Verbot, nicht die angedrohte Strafe an sich thut die erwünschte Wirkung, sondern ausschließlich die Ueberzeugung des Attentäters, einerseits daß die etwaige Zuwiderhandlung sicher die angedrohte Strafe nach sich zieht, andererseits, daß diese Strafe schwerer wiegt, als der etwaige Genuß des Verbotenen.

So lange dieser Gemüthszustand, die Furcht, hinreichend stark ist, wird der Apfelbaum ebenso wie das Brandobject, vor willkürlichen Beschädigungen geschützt sein, während umgekehrt das schärfste Verbot und die höchste Strafandrohung ihren Zweck verfehlen müssen, wenn der Attentäter Aussicht hat, der angedrohten Strafe zu entgehen oder wenn die Strafe zu gering ist im Verhältniß zu dem Verbotenen. Im Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich gehört die Brandstiftung mit zu den schwersten Verbrechen und ist mit hohen Strafen bedroht\*), auch

\*) § 265. Wer in betrügerischer Absicht eine gegen Feuersgefahr versicherte Sache in Brand setzt oder ein Schiff, welches als solches oder in seiner Ladung oder in seinem Frachtlohn versichert ist, sinken oder stranden macht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und zugleich mit Geldstrafe von fünfzig bis zu zweitausend Thalern bestraft.

§ 306. Wegen Brandstiftung wird mit Zuchthaus bestraft, wer vorsätzlich in Brand setzt:

- 1) ein zu gottesdienstlichen Versammlungen bestimmtes Gebäude;
- 2) ein Gebäude, ein Schiff oder eine Hütte, welche zur Wohnung von Menschen dienen, oder
- 3) eine Räumlichkeit, welche zeitweise zum Aufenthalt von Menschen dient, und zwar zu einer Zeit während welcher Menschen in derselben sich aufzuhalten pflegen.

§ 307. Die Brandstiftung wird mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft, wenn

- 1) der Brand den Tod eines Menschen dadurch verursacht hat, daß dieser zur Zeit der That in einer der in Brand gesetzten Räumlichkeiten sich befand;
- 2) Die Brandstiftung in der Absicht begangen worden ist, um unter Begünstigung derselben Mord oder Raub zu begehen oder einen Aufruhr zu erregen oder
- 3) der Brandstifter, um das Löschen des Feuers zu verhindern oder zu erschweren, Löschgeräthschaften entfernt oder unbrauchbar gemacht hat.

§ 308. Wegen Brandstiftung wird mit Zuchthaus bis zu

wird civilrechtlich durch Brandstiftung an eigenen versicherten Objecten der Anspruch auf Entschädigung verwirkt, während der Brandstifter am fremden Eigenthum für den Schaden ersatzpflichtig ist; wenn diesen strengen Strafandrohungen gegenüber während der letzten Jahre die Zahl der Brandstiftungen so zu sagen in's Große gestiegen ist, so kann dies nur darauf beruhen, daß im Durchschnitt und nach der größeren Wahrscheinlichkeit das etwaige Verbrechen unentdeckt zu bleiben verspricht. In der That ist dies der wunde Punkt und derjenige Fehler am Mechanismus, welcher die Furcht vor der angedrohten Strafe verschwinden macht und damit die Vermehrung

---

zehn Jahren bestraft, wer vorsätzlich Gebäude, Schiffe, Hütten, Bergwerke, Magazine, Waarenvorräthe, welche auf dazu bestimmten öffentlichen Plätzen lagern, Vorräthe von landwirthschaftlichen Erzeugnissen oder von Pau- oder Brennmaterialien, Früchte auf dem Felde, Waldungen oder Torfmoore in Brand setzt, wenn diese Gegenstände entweder fremdes Eigenthum sind oder zwar dem Brandstifter eigenthümlich gehören, jedoch ihrer Beschaffenheit und Lage nach geeignet sind, das Feuer einer der im § 306 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Räumlichkeiten oder einem der vorstehend bezeichneten fremden Gegenstände mitzutheilen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

**§ 309.** Wer durch Fahrlässigkeit einen Brand herbeiführt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern und, wenn durch den Brand der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

**§ 311.** Die gänzliche oder theilweise Zerstörung einer Sache durch Gebrauch von Pulver oder anderen explosirenden Stoffen ist der Inbrandsetzung einer Sache gleich zu achten.

**§ 325.** Neben der nach den Vorschriften der §§ 306 bis 308, 311 bis 313, 315, 321 bis 324 erkannten Zuchthausstrafe kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aussicht erkannt werden.



der Brandstiftungen verschuldet. Wer die große Zahl der muthmaßlichen Brandstiftungen und der Brände mit unbekannter Ursache vergleicht mit der geringen Zahl der zur Bestrafung gelangenden Brandstifter, wird sicher die Ueberzeugung gewinnen, daß hier der Hebel angefaßt werden muß, um die Furcht vor den Folgen der Brandstiftung in ausreichender Weise wiederherzustellen und dadurch die letzteren selbst zu verringern, sowie auch, daß nur schmutzige Bosheit oder im besten Falle dummdreiste Kurzsichtigkeit soweit abseits gerathen konnte, um die Vermehrung der Brandstiftungen den privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften anzudichten.

Die ersten Ermittlungen über die Ursache eines Brandes liegen fast immer der Ortsbehörde ob, zumeist also dem Bürgermeister, Landrath, Amtmann oder Schulzen, beziehungsweise deren Stellvertretern; alle diese Herren mögen in Verwaltungssachen noch so tüchtig sein, aber zur Ermittlung von Brandstiftern gehört mehr als das, es gehört Menschenkenntniß, Findigkeit, Interesse und vor Allem lange Uebung dazu, und diese Eigenschaften werden in ihrer Gesamtheit bei einem lokalen Verwaltungsbeamten nur selten beisammen zu finden sein. Nicht jeder Verwaltungsbeamte steht fest genug, um sich in den engen Grenzen seines Bezirkes Feinde machen zu dürfen, zumal in kleinen Ortschaften, wo die meisten Einwohner mit ihm oder doch unter sich verwandt, verschwägert, befreundet zu sein pflegen oder sonstige gemeinsame Interessen haben; nicht jeder Verwaltungsbeamte ist schon weit über die Grenzen seines Bezirkes oder einer schablonenmäßigen Thätigkeit hinausgekommen; und ebenfalls nicht Jedem, dem die Ermittlung der Brandursachen ohne practische Vorbildung so nebenher übertragen wird, ist die Gabe verliehen, die treuherzigen Angaben des Brandstifters in Zweifel zu ziehen, sich eine selbstständige Meinung zu bilden und mit seinen Vermuthungen nach der richtigen

Seite vorzugehen; vor allem aber fehlt der großen Mehrheit dieser Beamten die nöthige Schulung und Uebung in der Kunst, Verbrechen aufzufinden. Die Ermittlung der Brandstifter gehört zu den schwierigsten Aufgaben der Criminalistik; keine andere Art von Verbrechen kann so geräuschlos, so im Geheimen, mit so geringem Aufwand von Kraft und Vorbereitungen ausgeführt werden; kein anderes Verbrechen verwischt in seinem Verlaufe zugleich so vollständig alle Spuren der Entstehung; bei keinem anderen Verbrechen ist endlich die Wahrscheinlichkeit, daß der Brandstifter sich durch irgend welches corpus delicti verrathe, so gering als hier. Rechnet man diese Umstände zusammen, so gelangt man zu dem Resultat, daß die Möglichkeit eines Erfolges vollständig abhängig ist von der Befähigung, Energie und dem guten Willen des Untersuchenden, daß überhaupt die Aufgabe nicht darin besteht, die nächstliegenden thatsächlichen Umstände protocollarisch aufzunehmen und daraus das Resumé zu ziehen, sondern daß der Schadenfall mit allen Nebenumständen auf dem Wege der Combination zu bearbeiten ist und namentlich auch die nicht sogleich durch Thatfachen belegten Spuren mit der erforderlichen Geschicklichkeit verfolgt werden müssen. Wer aber Gelegenheit hat, eine größere Zahl der von Verwaltungsbeamten aufgenommenen Protocolle zu Gesicht zu bekommen, wird finden, daß sich die Ermittlungen zumeist nur auf wenige thatsächliche Vorgänge, im besten Falle noch auf einige zwecklose Förmlichkeiten darüber hinaus erstrecken und es kann deshalb nicht überraschen, wenn in allen diesen Fällen die Brandursache bezw. der Brandstifter unermittelt bleibt. Nicht die Beamten, die ja im Uebrigen zumeist höchst ehrenwerthe Männer sind, trifft dabei irgend welcher Vorwurf, sondern den Gesetzgeber, der ihnen ein Amt aufgebürdet hat, welches wohl die meisten lieber freiwillig einer mehr dazu berufenen Hand überlassen würden. Wie sehr verfehlt das

Verfahren ist, gewahrt man erst recht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sogar unter den Richtern viele giebt, die zum Untersuchungsrichter, d. h. zur Ermittlung von Verbrechen, sich nicht eignen, obgleich sie wie alle anderen wissenschaftlich und durch tägliche Uebung darin vorgebildet sind und im Durchschnitt an Erfahrungen auf diesem Gebiet die Verwaltungsbeamten weit überragen. Auch dadurch, daß die von der Lokalbehörde aufgenommenen schriftlichen Verhandlungen der Staatsanwaltschaft zur Nachprüfung eingesandt werden, wird das Verfahren nicht besser; denn auch der eifrigste und findigste Staatsanwalt vermag nichts auszurichten, wenn er als einziges Material das trockene Protocoll des Gemeindebeamten vor sich hat, hingegen die Kenntniß der Nebenumstände, der Personen und Verhältnisse ihm mangelt. Daß in der That nur die unzureichende oder unkundige Verfolgung der ersten Anhaltspunkte es verschuldet, wenn die Brandstifter straflos ausgehen, wird in schlagendster Weise dadurch bestätigt, daß deren Ermittlung fast immer gelingt, wenn einmal nach zahlreichen größeren Bränden ein Criminalbeamter aus einer großen Stadt requirirt wird; denn dieser bringt für seine Aufgabe weder eine Zauberformel noch besonderes Handwerkzeug mit, sondern er arbeitet — freilich in anderer Weise — mit genau demselben Material weiter, welches in Form von Thatfachen und Vermuthungen schon lange vorher dem Gemeindebeamten vorlag, von diesem aber nicht genügend ausgebeutet war.

In gleichem Maaße wirkungslos, wie das Ermittlungsverfahren, und sogar in mancher Beziehung geradezu schädlich sind die obrigkeitlichen Controlmaassregeln zur Verhütung der aus Uebersicherungen zu befürchtenden Brandstiftungen. Diese Controle beschränkt sich in der Regel auf die Prüfung des Antrages, also auf die zur Zeit der Versicherungsnahme vorliegenden Verhältnisse,



während hingegen die Erfahrung lehrt, daß nur wenige Uebersicherungen schon als solche beantragt worden sind, daß vielmehr die große Mehrzahl gewinnstüchtiger Brandstiftungen ausgeführt wird von Leuten, deren Verhältnisse zur Zeit der Versicherungnahme gut schienen, später aber zurückgingen, und deren Vorrathsbestände nach der Natur ihres Geschäfts zu schwanken pflegen; vorzugsweise überschuldete Landleute, Fabrikanten von nothleidenden Industrieerzeugnissen, Kaufleute, die sich verspeculirt haben und ähnliche werden deshalb bei mangelndem moralischen Halt gern zu Brandstiftern, derart, daß sie ihre rückläufigen Verhältnisse möglichst lange zu verbergen suchen, unter der Hand vorweg noch das werthvollste ihrer Habe verschleudern oder an die Seite bringen und dann durch Einheimisung der früher zutreffend gewesenen, jetzt aber viel zu hohen Versicherungssummen sich wieder aufhelfen möchten. Hiergegen würde die obrigkeitliche Controle nur schützen können, wenn sie Tag für Tag bei jedem Versicherten wiederholt würde, was unmöglich ist. Wer überhaupt zur Brandstiftung fähig ist und einen Gewinn daraus ziehen will, fängt dies nur höchst selten so plump an, daß er von vorn herein zu hoch versichert, sondern er versichert den Vollbestand und Höchstwerth seiner Vorräthe, seines Waarenlagers oder seiner Jahresernte und wartet zur Brandstiftung einen Zeitpunkt ab, wo der Bestand sich möglichst weit unter dem gewöhnlichen Durchschnitt befindet; dann liegt trotz einer noch so genauen früheren Controle zur Zeit des Brandes die Uebersicherung und die Möglichkeit eines Gewinnes vor. Zudem sinkt die Controle oft genug zu einer bloßen Förmlichkeit herab, weil die Behörde selbst und mit Hülfe ihrer amtlichen Organe gar nicht im Stande ist, den Werth mancher Objecte zu schätzen und ebenfalls nicht in jedem derartigen Falle sogleich Sachverständige zuziehen kann und mag; ferner weil die Behörde doch nicht jedem Einzelnen in Risten

und Kasten schauen kann, mithin die Sache mehr nach dem äußeren Scheine beurtheilt und deshalb eine geplante Uebersversicherung unschwer durchzubringen ist, wenn der Betreffende es versteht, sich durch Aufwand oder große Reden als wohlhabend aufzuspielen. Die Controle eröffnet ferner den unteren Polizeiorganen, die sich nur selten durch übergroße Feinfühligkeit und besondere Intelligenz auszeichnen, die Möglichkeit, nach persönlicher Willkür bei jedem versicherungsuchenden anständigen Menschen eine förmliche Haussuchung abzuhalten und ihm unter der Verdächtigung der Uebersversicherung Unannehmlichkeiten zu bereiten, denn der Werth jedes Gegenstandes steht so wenig fest, daß sich oft auch im besten Glauben darüber streiten läßt; dieses chicanöse Wesen der Controle wird schon Manchem das Versichern verleidet haben, so daß er es bedauerlicher Weise ganz unterläßt. Ferner würden die Versicherer sich manchen Risiko, dessen Werth die Behörde nicht zu beurtheilen vermag, doch lieber erst mit den eigenen, darin besser geschulten Augen besehen und dann die etwa vorliegende Uebersversicherung entdecken, wenn sie nicht immerhin schon in der polizeilichen Controle eine halbe Bestätigung der Richtigkeit erblicken müßten; auch kommt es nicht selten vor, daß sich in dieser Beziehung die Behörde auf die Gesellschaft und diese auf die Behörde verläßt, so daß dann statt doppelter Prüfung gar keine stattfindet. Endlich erschwert die Controle, auch wenn sie nicht mißbraucht wird, durch Umstandskrämerei die für das Gemeinwohl so wünschenswerthe Ausdehnung der Versicherung, und sie vertheuert auch ohne Noth das Versichern durch die überflüssigen, aber zeitraubenden Arbeiten der besoldeten Gemeindebeamten und der von den Versicherten zu bezahlenden Vermittler. Es sollte deshalb endlich einmal erkannt werden, daß der Schutz gegen die aus Uebersversicherungen entstehenden Brandstiftungen durch diese Plackereien doch nur in so geringem Maaße zu erreichen ist,

daß der Nutzen nicht entfernt den Aufwand an Arbeitskraft und Kosten einbringt. Die gewünschte Wirkung würde ohne Zweifel leichter und vollständiger als durch diese Bevormundung erreicht werden, wenn man einerseits das Publicum durch geeignete Belehrung und Aufklärung vor der ziemlich häufig vorkommenden unbeabsichtigten Uebersicherung bewahren, andererseits aber auch durch ein besseres Ermittlungsverfahren die Bestrafung der wirklichen Brandstifter, und zwar nicht allein der gewinnsüchtigen, sicherstellen wollte, so daß dann die Furcht vor der strengen und mit Sicherheit nachfolgenden Strafe von der Brandstiftung abhielte.

Wie schon erwähnt, sind zur Entdeckung eines Brandstifters — sofern er nicht zufällig sich selbst verräth, — erforderlich: Menschenkenntniß, Interesse, Findigkeit und Uebung. Alle diese Eigenschaften sind — in der Regel wenigstens — vorhanden bei einem gehörig vorgeschulten Versicherungsmanne: Menschenkenntniß, weil er Jahre und Jahrzehnte hindurch täglich mit Leuten jeden Standes, jeden Characters und jeder Gegend des Reiches und oft noch darüber hinaus in Berührung kommt und, was noch mehr sagen will, mit ihnen geschäftlich verhandeln und nicht selten sich herumstreiten muß; Interesse, weil er dazu ausgesandt wird, um jeden geschäftlichen Vortheil wahrzunehmen und hierbei auch die Ermittlung der Brandursache ungemein wichtig ist; Findigkeit, weil im Außendienste der Feuerversicherung, namentlich zu Schadenregulirungen, überhaupt nur die schneidigsten Kräfte zu brauchen sind, indem der Vertreter es verstehen soll und muß, auch unter den schwierigsten unvorhergesehenen Verhältnissen und den verstocktesten Menschen gegenüber die Regulirung zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen; die Uebung endlich liegt im Geschäft selbst. Demnach würden die Vertreter der großen Feuerversicherungsgesellschaften, soweit es auf persönliche Erfordernisse



ankommt, ganz vorzüglich zur Aufdeckung der sie angehenden Brandstiftungen geeignet sein und dieser Aufgabe sich im eintretenden Falle ohne Zweifel mit Geschick und Erfolg unterziehen, — wenn sie jemals auf eine auch nur moralische Unterstützung rechnen könnten und nicht vielmehr fast immer zur Seite geschoben würden. Wenn der Vertreter, dessen geschäftliche Obliegenheit ein tiefes Eindringen in die persönlichen und Vermögensverhältnisse des Versicherten ohnehin mit sich bringt, auch noch so viele Anknüpfungspunkte gefunden hat, deren Verfolgung zur Entdeckung führen könnte, so ist es ihm doch in der Regel unmöglich, diese Verfolgung selbst vorzunehmen oder anderweit herbeizuführen; nur zu oft kommt es vor, daß in Fällen offener Brandstiftung der Vertreter ganz allein auf das angewiesen ist, was ihm der Versicherte zu sagen für gut findet; daß ihm die Angehörigen und Hausgenossen jede Auskunft verweigern oder nur das sagen, was ihnen vorher eingepreßt worden ist; daß andere Ortsbewohner aus Mißtrauen gegen den Fremden oder aus Furcht vor der Rache des Brandstifters sich hüten etwas zu verrathen; und daß schließlich ein von Vorurtheilen strotzender Herr Bürgermeister ihn geradezu wegs als Spion betrachtet und ohne Hehl danach behandelt. In solchem Falle kann der Vertreter, der sich zur Erreichung des Zweckes keine Mühe würde verdrießen lassen, sich nur darauf beschränken, mit Resignation und dem Gefühl seiner Nichtigkeit den fruchtlosen Verlauf des amtlichen Verfahrens vorauszusagen, worin er denn auch fast immer Recht behält. Wagt es später etwa die Centralleitung der Gesellschaft, besonders verdächtige Umstände aus dem Bericht ihres Vertreters zur amtlichen Kenntniß zu bringen, so schafft sie sich in dem betreffenden Ort eine ganze Sippe von unversöhnlichen Feinden, kränkt den Herrn Bürgermeister in seinem Amtsstolze, verdirbt sich das Geschäft, indem öffentliche und private

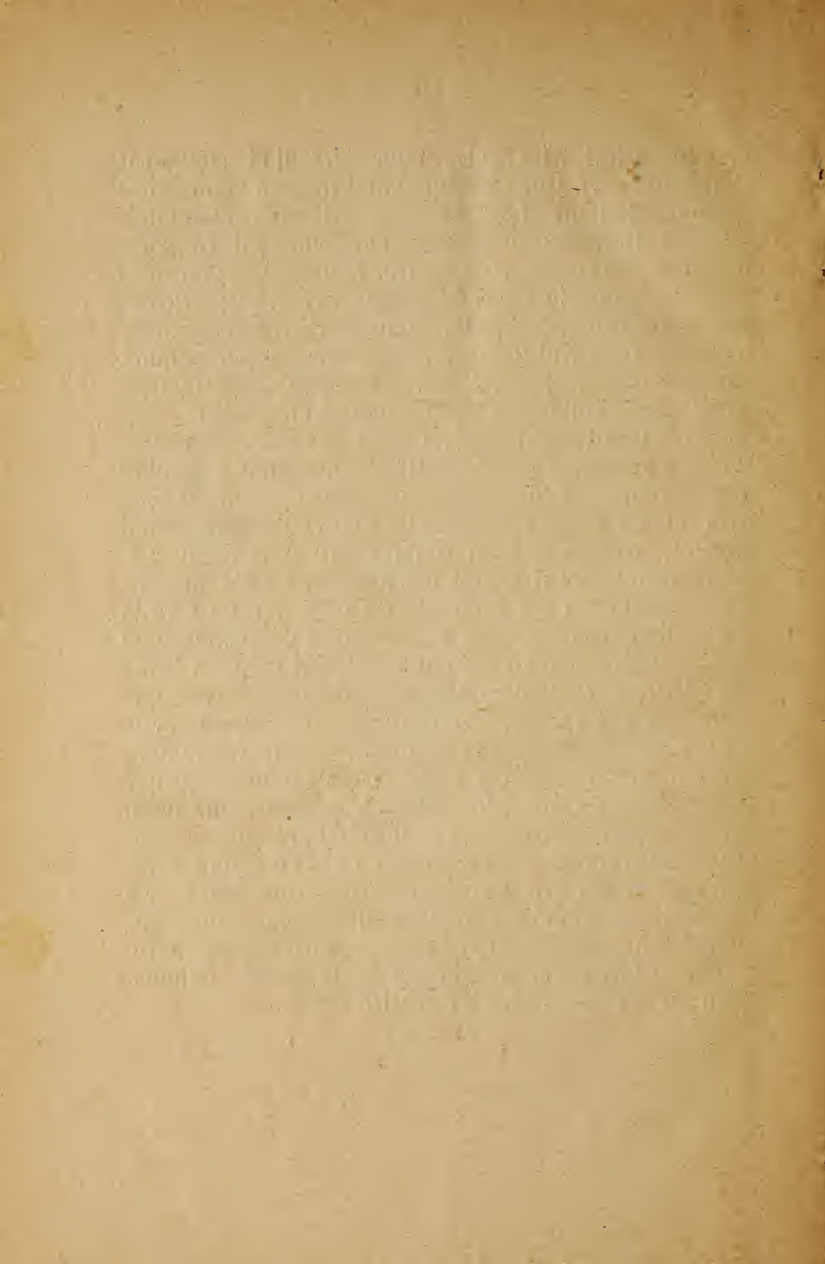
Concurrenzanstalten solchen Fall als schneidige Waffe gegen sie zu benutzen wissen, und schließlich muß sie, wenn etwa nach erhobener Anklage „wegen unzureichender Beweise“ die Freisprechung erfolgt, nicht nur die Entschädigung zahlen, sondern obenein garnicht selten auch vom Gericht noch Schmeicheleien über denunciatorisches Vorgehen, böswillige Entziehung von der Zahlungspflicht und ähnliche Feinheiten hinnehmen; ein einziger Fall dieser Art mit der Fülle seiner Consequenzen ist oft hinreichend, um die Gesellschaftsleitung ein für alle Mal dahin zu befehlen, daß sie besser thue, an zehn Brandstifter ohne Weiteres die Entschädigung zu zahlen, als nur einmal der Justiz ihre Dienste anzubieten; und als natürliche Folge einer solchen Ueberzeugung gehen die Brandstifter selbst dann frei aus, wenn sie bei richtiger Benutzung der von den Gesellschaftsvertretern ermittelten Umstände noch mitunter zu belangen wären, und wie sehr dies im allgemeinen Interesse zu bedauern ist, bedarf keiner Erörterung. Auch damit, daß etwa der Staatsanwalt die mit dem Versicherten gepflogenen Regulirungsverhandlungen zur Einsicht begehrt, ist für die Entdeckung der Brandstiftung nichts gethan, da diese Einsicht der trockenen Berechnungen doch nur auf Entdeckung einer Ueberversicherung hinausläuft, welche letztere selten vorhanden, noch seltener nachweisbar ist und wohl kaum jemals zum Beweise der Brandstiftung ausgereicht hat.

Brandstiftungen werden vorkommen, so lange es Menschen giebt, und Speculationsbrände werden nicht aufhören, so lange Versicherung ertheilt wird; immerhin aber wird deren Zahl sich wesentlich vermindern, sobald das zur Regel wird, was gegenwärtig Ausnahme ist, nämlich die Entdeckung und Bestrafung der Brandstifter. Dies wird aber niemals anders erreicht werden können, als daß die Untersuchung der Brandfälle ein für alle Mal in die Hände wirklicher, hierzu vorgebildeter Criminal-

beamten gelegt wird, oder wenn dies nicht ausführbar sein sollte, diese Untersuchung mindestens von vorne herein gerichtlich stattfinden schon deshalb, weil die Verwaltungsbehörden Niemanden eidlich vernehmen können, ihnen gegenüber also Jeder aussagen kann, was ihm beliebt. Dann aber sollte man auch in Rücksicht ziehen, daß bei Ermittlung von Brandstiftungen das Privatinteresse der Feuerversicherer mit dem öffentlichen Interesse genau zusammenfällt, daß also hierbei dem letzteren eine ausgiebige Privatthätigkeit nur dienlich sein kann, und sollte deshalb diese Privatthätigkeit begünstigen, anstatt sie durch Vermehrung der ohnehin zahlreichen Vorurtheile und durch öffentliche Maßregelung der Versicherer zu ersticken. Ein Anfang, wenn auch ein sehr schlechter, ist in dieser Beziehung damit gemacht, daß in einigen Ländern den öffentlichen Versicherungsanstalten eine gewisse Mitwirkung bei dem amtlichen Verfahren eingeräumt ist, die indeß erfolglos bleibt und bleiben muß, weil nach der ganzen Einrichtung und lokalen Begrenzung der öffentlichen Anstalten deren Leiter und Vertreter ebenfalls lediglich Verwaltungsbeamte und sowenig als diese zur Ermittlung von Verbrechen im Stande sind. Wenn den absichtlichen und fahrlässigen Brandstiftungen mehr als bisher durch Ermittlung und Bestrafung der Brandstifter Abbruch geschieht, und wenn durch geeignete Belehrungen, Aufklärungen und sonstige Maßnahmen mehr als bisher auf die Beseitigung sachlicher Brandursachen hingewirkt wird, dann wird auch die Zahl der Brände abnehmen und man wird damit zugleich den wünschenswerthesten „Feuerschutz“ besitzen, welcher neuerfundene Begriff seit Kurzem zur Agitation gegen die Privatversicherer herhalten muß.

~~~~~









3 0112 061894553